

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expeditionen, Neue Straußnitz, 2/3, und durch Postbestellungen zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, von Ende 20 31. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Fleischer. Expeditionen: Neue Straußnitz, 2/3, und durch Postbestellungen zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, von Ende 20 31. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte M. 3.34.

Explosion Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Explosion Expedition 1206.

Nr. 230.

Sonntag, den 2. Oktober 1909.

20. Jahrgang.

Selbstverwaltung und Kommunalsozialismus.

Die Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Wien über die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden gestalten sich in hohem Maße zu einer Befestigung der von der Sozialdemokratie seit jeher vertretenen kommunalpolitischen Auffassungen. Sie haben aber zugleich auch gezeigt, welche große Aufgaben auf diesem Gebiete noch der Lösung harren. Wenn auf dem Kongress der sozialpolitischen Professoren Deutschlands und Oesterreichs mit Recht Klage darüber geführt werden konnte, daß in manchen deutschen Städten die Arbeitsverhältnisse in den Gemeindebetrieben ungünstiger seien, als in der Privatindustrie, so wird diese ungerechte Kompromittierung eines ferngelegenen sozialpolitischen Kongresses nur durch die Verletzung des Rechts der Selbstverwaltung verschuldet, wie sie in einzelnen deutschen Staaten, vor allem natürlich in Preußen, landesüblich geworden ist. Als der Professor Alfred Weber-Gelberberg, dessen Ausführungen auf den Tagungen der Sozialpolitiker stets die lebhafteste Teilnahme hervorrufen, jetzt in Wien über den Fall Schlicking sprach, könnte ihm der erstauhte Zwischenruf entgegen: „Haben Sie überhaupt eine Selbstverwaltung in Preußen?“ Dieser Ruf ist wahrscheinlich von einem Oesterreicher gemacht worden, dem die Disziplinierung eines Bürgermeisters wegen einer von ihm verfaßten Streifschrift ungefähr ebenso sonderbar vorkam, als wenn ein Feldwebel in Wochenbett ein Kind bekäme. In Oesterreich genießt ein Beamter im direkten Staatsdienst ungleich mehr Freiheit, als ein Beamter der sogenannten Selbstverwaltung in Preußen, daß aber gar ein Bürgermeister wegen seiner politischen Gesinnung vor einem Staatsgerichtshof geschleppt und — ohne daß er sich gegen das Strafgesetz vergangen hätte — seines Titels und seiner Pensionsansprüche verlustig erklärt werden könnte, wird hier vollends zu einer ganz unmöglichen Vorstellung.

Wenn aber in Preußen das Recht der kommunalen Selbstverwaltung darniederliegt, und wenn es in manchen Gemeinden eine Anwerbung findet, die den Interessen der breiten Massen der Bevölkerung nicht entspricht, so trägt daran niemand mehr Schuld, als der Freisinn. Der Freisinn und der Liberalismus überhaupt hat sich nicht nur auf sozialem Gebiete so rücksichtslos erwiesen, daß Adolf Wagner, der Breslau nicht näher kennt, im vorigen Jahre das freisinnig verwaltete Berlin die rückständigste Stadt Deutschlands nennen konnte, sondern er verlagte auch dort vollständig, wo es gilt, das politische Recht der Gemeindebürger zu wahren. Statt auf die Einführung des gleichen Wahlrechts zu dringen, ohne das es eine wirkliche Selbstverwaltung nicht gibt, hält er an den bestehenden buntschichtigen Privilegienwahlssystemen fest und läßt sich oft genug bei dem Versuch erripen, diese zu seinem eigenen Mandatsvorteil noch weiter zu verschlechtern. Erst an diesem Montag hat zum Beispiel die Gemeindevertreter-Sitzung des Berliner Vorortes Steglitz eine artige Illustration zu den Wiener Verhandlungen geliefert, indem sie mit 14 gegen 8 Stimmen die von bürgerlich-demokratischer Seite beantragte Fügungsgleichmachung eines im Jahre 1901 verübten Wahlrechtsverstoßes ablehnten. Die freisinnigen Volksparteier verhalten in diesem Falle nicht zum ersten Mal den Wahlrechtsfeinden zur Wehr.

Nur wo die Masse der Bevölkerung selbst, dank einer demokratischen Gemeindeverfassung, die Selbstverwaltung in Händen hält, wird diese auch die nötige Autorität gegenüber der zentralen Staatsgewalt besitzen. Kein Landrat oder Regierungspräsident wird so leicht mit einem Bürgermeister anbinden, der die Masse der Bevölkerung geschlossen hinter sich hat, vorausgesetzt selbstverständlich, daß diese Masse auch im Staate ein Wort mitzureden hat. Darum ist das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Landtagswahlrecht die erste unumgängliche Voraussetzung einer den Massen der Bevölkerung förderlichen, durch keinerlei reaktionäre Staatsaufsicht eingeschränkte Gemeindepolitik.

Wenn der Referent des Wiener Kongresses, Herr Professor Fuchs-Lübingen, zusammenfassend sagte: „Uns chreut das Wort Sozialismus nicht, aber es begeistert uns auch nicht“, so kann auch der Sozialist diesen Satz in gewissem Sinne unterschreiben. Nicht für das Wort Sozialismus sind wir begeistert, sondern für die Sache, die mit diesem Wort bezeichnet wird; die sozialdemokratischen Praktiker des Kommunalsozialismus, in den Gemeinden sind auch viel zu erfahren, als daß sie nach der äußerlichen Wortmarke urteilen würden, statt nach dem wirklichen Wert der in Vorschlag gebrachten Maßnahmen. Auch sie wollen nicht nach der Schwabone einer Theorie reformieren, sondern nach praktischen Bedürfnissen. Wenn sich aber herausstellt, daß die von den Sozialisten geforderten Kommunalisierungen dem praktischen Bedürfnis entsprechen, dann bestätigt sich damit auch die sozialistische Theorie. Die großen Fortschritte der Kommunalisierung, die schon gemacht worden sind, und die größeren, die noch in Wien vorgetragene bereinzellen Bedenken noch ge-

macht werden müssen, zeigen, daß sich die Sozialdemokratie mit ihrer Gemeindepolitik auf dem richtigen Wege befindet, und auch die sozialpolitischen Herren Professoren werden ihr in ihres Herzens stillem Kammerlein bestimmen müssen, wenn sie sich jetzt in Preußen und anderwärts im Kampfe um das gleiche Wahlrecht für Staat und Gemeinde freie Bahn zu schaffen sucht für ihre positive Arbeit.

Der preussische Ministerialdirektor für Verwaltung der Domänen Excellenz von Thiel, der vor wenigen Wochen seinen siebenzigsten Geburtstag feierte, hat in den Wiener Debatten des Vereins für Sozialpolitik noch ein Wort gesprochen, das seinen Weg in die Massen des preussischen Volkes nehmen und dort ein lebhaftes Echo wecken wird. In jener befehlenden Debatte über Kommunalsozialismus, in der alle amtlichen Masken fielen, in der sich jeder gab, wie er empfand, und aussprach, was er dachte, fand auch der preussische Ministerialdirektor den Herzgenossen innerlicher Überzeugung, indem er, der Oberbureaukrat, für den Kampf gegen die Auswüchse der Bureaokratie seinen Hörern, diesen Rat mit auf den Weg gab:

„Sorgen Sie für ein ordentliches Wahlrecht zu den Landtagen und den Kommunen, dann haben wir die Garantien, um der Bureaokratie entgegenzutreten.“

Herr von Thiel hat es leider unterlassen, anzuführen, was er unter einem ordentlichen Wahlrecht versteht. Soviel geht aber aus seinen Worten mit der zweideutigsten Bestimmtheit hervor, daß er in seinem engeren Vaterland Preußen bestehende Landtags- und Gemeindevahlrecht für kein ordentliches anseht. Eine solche Erklärung aus dem Munde eines der höchsten preussischen Beamten ist ein außerordentlich wertvolles Bekenntnis, das uns ebenso willkommen sein muß, wie es den unentwegten Anhängern des elendesten aller Wahlssysteme un bequem ist. Die konservative Presse hat sich, wie es scheint, von ihrem Entsetzen noch gar nicht erholt, denn daß ein Rest von Bleidat sie daran hindern sollte den alten Herrn, dessen Verdienste um die Landwirtschaft sie neulich geradezu stürmisch feierte, mit Steinen zu schmettern, ist bei ihrer robusten Gemütsart kaum anzunehmen. Es bleibt also nur die Erklärung übrig, daß sie es vorerst noch gar nicht wagt, ihrem Schicksale die revolutionären Äußerungen eines hohen preussischen Beamten mitzuteilen, vielleicht aus Sorge, daß einigen zu Schlaganfällen neigenden Herrenhäuslern die Leklüre beim Morgenkaffee verhängnisvoll werden könnte. Glücklicherweise aber fehlt der reaktionären Presse die Macht des Schweigens. Was sie ängstlich unterdrückt, das wird dafür von anderer Seite desto lauter durch alle Gassen getragen werden. „Sorgen Sie für ein ordentliches Wahlrecht zu den Landtagen und zu den Kommunen!“ so spricht eine preussische Excellenz, ein leibhaftiger Ministerialdirektor.

Überflüssig zu sagen, daß Herr v. Thiel uns nicht etwa deshalb eine Autorität sein kann, weil ihn ein hoher Titel schmückt. Herr v. Thiel ist uns ein Kronzeuge für die Reformbedürftigkeit des preussischen Wahlrechts, weil er in einem Milieu alt geworden ist, das dem Einbringen moderner zeitgemäßer Gedanken den denkbar größten Widerstand entgegensetzt. Darum sagen wir: wenn sogar ein preussischer Ministerialdirektor, der einflussreichste Beamte des Landwirtschaftsministeriums, die Notwendigkeit eintritt, zu einem „ordentlichen Wahlrecht“ zu kommen, so ist das ein gutes Zeichen für die fortwirkende Kraft der preussischen Wahlrechtsbewegung, und wir erkennen gern den Fortschritt der Erkenntnis an, der gemacht wurde seit jener garnicht so fernen Zeit, in der die sozialdemokratische Presse mit ihren Aufforderungen zum Kampfe gegen das Dreiklassenwahlrecht noch eine Muserin in der Wüste war. — Doch nichts darf den preussischen Arbeitern ferner sein als die gefährliche Täuschung, daß nun etwa Excellenz v. Thiel und die hinter ihm stehenden Professoren den Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht aufnehmen und die Schichten der Intellektuellen aufrütteln würden. Das Wort der preussischen Wahlrechts-Exzellenz wird nur dann wirksam werden, wenn sich das werktätige Volk dahinter stellt, und so gerne Hilfe angenommen wird, von welcher Seite sie auch kommen mag, so gilt doch die Mahnung von allen den Massen: „Sorgen Sie für ein ordentliches Wahlrecht zu den Landtagen und Kommunen.“

Ueber die Fahnenflucht im Zentrumslager

stimmt jüngst der bekannte badische Zentrumsführer Pfarrer Wacker in Rabenburg eine klägliche Jeremiade an. Er jagte dabei:

„Es ist mir mitgeteilt worden, daß aus verschiedenen Gegenden des Landes aus Ärger und Verdruß über die Reichsfinanzreform da und dort eine Stimmung Mas gegriffen habe, die zu Auserungen des Inhalts drang, daß die Unzufriedenen sich das nächste Mal nicht zum Zentrum stellen wollten.“

Was hier der badische Pfarrer offen zugibt, das will Herr Fleischer bestreiten und durch künstlich zusammengetrommelte Versammlungen von „Gefreuen“ zu verdecken

suchen. Aber die Anzeichen allerorts, Nachwahlen, Versammlungen und Preßstimmen beweisen doch, daß das Recht auf Seiten Wackers ist und nicht auf Seiten des Dr. Fleischer. Warum — das wird auch die Montag-Versammlung in „Kronpingen“ ergeben.

Politische Ueberflucht.

Haus mit dem Professor! Eine häßliche Denunziation leistete sich die „Kreuzzeitung“, Professor der Theologie Fr. Niebergall in Heilberg hat in Nr. 6 der Monatschrift „Nord und Süd“ einen Artikel über die Psychologie des Fabrikarbeiters veröffentlicht, der auch folgende Sätze enthält:

„Wo die Leute eben vom Lande kommen, sind meistens nur für ungelernete Arbeit zu gebrauchen. Ich will von einem Fabrikanten, dem nicht nur im Born die Worte erschallen sind, daß viele seiner Arbeiter nur darum Sozialdemokraten sind, weil sie dafür zu dumme wären; wenn sie nur solche wären, dann würde sie auch geschelter und für die Arbeit besser zu gebrauchen sein. Das ist gewiß ein glänzendes Zeugnis für die Sozialdemokratie aus berufenem Munde. Und in der That kann man wohl sagen: sie kommt nur dahin, wo eifrige Machen höhere Interessen sind, und wo sie herrschen da macht sie höhere Interessen. Sie gilt schon in vielen Kreisen jetzt als die große Bedrohung des geistigen Lebens der Leute; was die Volksschule begonnen, was aber alle übrigen Veranstellungen nicht fertig gebracht haben — wer hat sich übrigens in solchen Kreisen auch in Wahlzettel um das geringe Volk bestimmt? das rächt sich jetzt bitter —, das hat die Sozialdemokratie in die Hand genommen.“

Diese ehrlichen Worte, die aussprechen, was schon oft von vorurteillosen Gegnern der Sozialdemokratie und insbesondere auch in der konservativen Monatschrift „Der Türmer“ gesagt worden ist, haben die „Kreuzzeitung“ in förmliche Gefasel verpackt. Professor Niebergall, der als Nachfolger des verstorbenen Leiters des theologischen Seminars in Heilberg, Wassermann, genannt wurde, wird bei dieser Gelegenheit in gehässiger Weise denunziert; das Junkerblat schreibt:

„Und in einem solchen Zeitpunkt (da ein Kompromiß zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen wieder nicht ausgeschlossen erscheint) wagte man es, der Regierung die Ernennung eines Professors zur Erziehung der akademischen Jugend in praktischer Theologie vorzuschlagen, der der Sozialdemokratie eine hohe, wohlthuende Bedeutung beimißt, daß er der theologische Lehrer, sie schlechthin die „Wedei des geistigen Lebens“ nennt. Dieses geistige Leben hat in der badische Minister des Innern, v. Bodmann, in verschiedenen Reden kurz aber treffend flügelte. Er hat die Sozialdemokratie als republikanisch bezeichnet, hat darauf hingewiesen, daß alle Produktionsmittel verstaatlichen, dem Bauer seinen Boden nehmen sollte usw. Und solche Bestrebungen neuer jener höhere Theologie „höhere Interessen“, das „geistige Leben“ unter jener Lehrtätigkeit würde wohl eine sonderbare theologische Generation heranwachsen.“

Der badische Minister v. Bodmann hat natürlich längere die Antwort auf seine Dummheiten erhalten, aber das braucht die „Kreuzzeitung“ nicht zu wissen, für sie handelt es sich ja nur darum, den ehrlichen Hochschullehrer zu Falle zu bringen. Es wird interessant sein, zu beobachten, ob ihm das gelingt.

Der Landrat als Abonnentensammler. Die Fälle, in denen der Herr Landrat seine amtliche Stellung dazu benutzt, um für die konservativen Blätter, Leser zu gewinnen, nehmen von Tag zu Tag zu. Aus Oberode (Ostpr.) wird gemeldet, daß auch der dortige Landrat Abame als seine Aufgabe betrachtet, für die konservative Politik Propaganda zu machen. Er versendet nämlich an die Gemeinde- und Ortsvorsteher und auch an die Lehrer seines Kreises ein amtliches Zirkular, worin die Untergebenen aufgefordert werden, binnen acht Tagen anzugeben, wieviel Exemplare der „Volkstreue“ für das nächste Quartal bestellt werden.

Die umgehende Beantwortung dieser Zuschrift ist dringend erforderlich, damit ich den Bedarf rechtzeitig bei der Expedition der „Volkstreue“ anmelden kann.

Ich ersuche, für weitere Verbreitung des „Volkstreue“ zur Gewinnung einer größeren Abonnentenzahl sich nach Kräften bemühen zu wollen.

Ich ersuche, dieses Schreiben geheim aufzubewahren und zu veröffentlichen, daß es in unbedeutende Hände gelangt.

Der Herr Landrat scheint auch davon überzeugt zu sein, daß seine Handlungsweise eine gänzlich unbedeutend ist; denn er ersucht den Empfänger des Schreibens, es geheimzubehalten.

Wie kommt aber ein Landrat dazu, für seine Privatfachen das Reich in Anspruch zu nehmen? Die Zusendungen tragen den Stempel „Frei lt. Oberst.“, gehen also portofrei hinaus. Das Volk als Steuerzahler muß also die Privatvergütungen des Landrats bezahlen!

Bittere Wahrheiten sagt der sehr konzervative Reichs- der Regierung wegen der Schädling-Affäre im Gefolge. Er schreibt in einem „Wißgriffe“ über- schriebenem Artikel:

Der Richterpruch des Oberverwaltungsgerichtshofes wird auch in den Kreisen, die die Autorität der Regierung stets zu fördern und zu fördern bereit sind, keinem rechtlichen Einwurfs als bedauerlich angesehen. Der Kern der Sache bleibt doch der: Schädling hat an verschiedenen bedrücklichen Organen Anteil gehabt, in der er als Beamter in der Form sich hat verhalten, die aber durchaus nicht jeder in seinen verschiedenen Bemühungen ist vom Oberverwaltungsgericht nicht in Zweifel gezogen worden, deshalb hat man nicht gut daran getan, den bei uns leider meist üblichen Weg einzuschlagen und aus den harten Wahrheiten Belehrungen der Behörden zu konstruieren, anstatt den Grund zu solcher Kritik freimütig zu besetzen, ernsthaft den Mängeln nachzugehen und ihnen künftig vorzubeugen. Es muß ein Licht berühren, wenn der höchste preussische Verwaltungsgerichtshof einen Mann, der seine Beamtenelastizität freiwillig abgelegt hat, noch vor das Forum des Beamtenrechtsprechung stellt, wo dieser gar nichts mehr zu suchen hat. Durch die Amtsniederlegung Schädling hat das Verfahren sein natürliches und selbstverständliches Ende gefunden. Warum also mit aller Gewalt abgemalt einen „Rechtler“ machen, um eine an sich nur unermessliche Last durchzuführen? Der Mann hat objektiv bittere Wahrheiten in veränderter Form gesagt; das mag von einem Beamten ungebührlich sein, deshalb mußte ihm das, solange er im Amte war, zum Bewußtsein gebracht werden. Disziplin ist nötig. Aber unehrenhaft war es nicht, was er getan hat; es kann sich nicht mit dem allgemeinen Rechtsgefühl decken, daß man ihn der Ehre seines Amtes für verlustig erklärt hat. Männer, die man um ihrer Wahrheitsliebe willen verehrt, die werden immer sympathischer finden, und man gibt ihnen Ansehen und Vorwürfen erst dadurch Bedeutung, daß man sie verächtlich behandelt. Einem Mann, der seinen Posten freiwillig ausgetreten hat, kann man diesen nicht noch einmal ausgeben; er hat eben seinen mehr an. Einem Beamten, der sein Amt niedergelegt hat und aus jeglicher Beamtenelastizität ausgetreten ist, formal nochmals den Titel absterben, das ist ein Spiel mit leeren Worten, für das uns das Oberverwaltungsgericht tatsächlich zu schade ist. Warum will denn die Regierung auch der Demokratie durchsichtiger noch Wasser kühlen lassen?

Das konservative Blatt übertrifft in seiner energischen Kritik eine ganze Anzahl liberale Organe, die sich auch hier- bei schon verfahren.

Der Reichsverband zur Bekämpfung der Verlegenheit ist durch die neuen Steuern in ziemlich Verlegenheit gebracht worden. Schimpfen, das bisher beliebte und bewährte Mittel, hilft nicht mehr. Deshalb versucht er es einmal mit sogenannter „wissenschaftlicher“ Methode, die Massen der Opposition zu entreißen. Auf unser Flugblatt: „Das Werk des Schnapsabfalls imilde“ hat der Reichsverband, wie schon mitgeteilt, mit einem Flugblatt geantwortet: „Die neuen Reichsteuern und der Volksbetrug der Sozialdemokratie“. In diesem Flugblatt wird dann unter Auferschließung der Detailpreise in einer durch eine mechanisch ansehbarer Weise ausgerechnet, daß die neuen Steuern auf $\frac{1}{2}$ Liter Bier 0,7 Pfg., auf $\frac{1}{10}$ Liter Schnaps 0,7 Pfg., auf eine Tasse Kaffee 0,2 Pfg., auf eine 5 Pfennig- Zigarre 0,24 Pfg. Preiserhöhung ausmachen. Dieser Auf- machung gemäß sollen auch die Silber des illustrierten Blattes aus. Vielleicht soll in dieser „wissenschaftlichen“ Methode der Volksbetrug liegen, auf den der Titel des Reichsverbandes- Flugblattes hinweist. Das Luthige an der Sache aber ist, daß der Reichsverband mit diesem Verlegenheits-Umsinn selbst bei den treuesten Säulen des Thrones abfällt. — Der Stadt- rat Lamm in Potsdam hat als Vorsitzender der dortigen Brauereiverwaltung eine Erklärung veröffentlicht, in der dem Reichsverbande nachgewiesen wird, daß er bezüglich des Bieres in seinem Flugblatt ein gänzlich unrichtiges Exempel auf- macht. Die Erklärung schließt:

Es ist sehr bedauerlich, man könnte sagen frechhaft, wenn der- artige oberflächliche Berechnungen ohne sachmännische Prüfungen in die Welt geschickt werden; denn seit wir beherren, wirken sie verheerend und untergraben einer großen Menge treu gesinnter Bürger ihre wohlverdiente Existenz.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie als Geber und Untergraber der Existenz einer großen Menge treu- gesinnter Bürger — diesen Erfolg seines Flugblattes hat sich der Reichsverband ganz gewiß nicht träumen lassen.

Die Folgen der Tabaksteuer. Die Tabakfabrik von Maß- dorf in Rheine macht bekannt, daß vom 1. Oktober ab im ganzen Betriebe nur noch drei Tage in der Woche gearbeitet werden solle. Auf die Vorstellung der Arbeiter hin, dann doch lieber den Betrieb einige Wochen gänzlich einstellen, um so für die Arbeiter ein Anrecht auf Unterstützung aus dem Vermittlungsfonds zu erwerben, erwiderte der Fabrikant, daß die vier Millionen längst angebraucht seien.

Die Firma Rottmann in Burgsteinfurt entließ 78 Tabak- arbeiter. Es sind dies durchweg solche Leute, die 1906 bei dem großen Streik bei der Firma Rottmann als Arbeitswillige einge- treten sind.

Die Campbruna gegen den Zentrumabgeordneten Gerold ist in den Kreisen der hilflosen Tabakarbeiter außerordentlich groß.

Die Wirkungen der neuen Reichsfinanzreform machen sich bei den Bundesstaaten schon sehr bemerkbar. So sagt die hessische Finanzverwaltung darüber, daß sich ihre Finanzen in Zukunft recht wohl gestalten werden, da die neue Reform nicht den gebotenen Erwartungen entspreche. In einer vor wenigen Tagen abgehaltenen Sitzung des Staatsministeriums ist man zu dem Ergebnis gelangt, daß eine Steuererhöhung für das kommende Jahr nicht mehr un- gegangen werden kann.

Die Einführung der neuen Reichssteuergeetze wird für die Einzelstaaten auch nicht ohne Vermehrung des Beamtenpersonals möglich sein; schon jetzt werden zur Durchführung der neuen Verbrauchs- steuern, der Grundsteuer- und Einkommensteuern vorüber- gehend eine große Anzahl von Beamten zur Dienstleistung bei dem hiesigen Finanzministerium angefordert. Die Zustände spüren sich mehr und mehr zu einer finanziellen Notlage für die mittleren und Kleinstaaten zu.

Politischer Kagenjammer. Auf der Hauptversammlung des Evangelischen Bundes zu Mannheim hat der Bundes-Präsident, Generalleutnant v. D. v. Pössel, eine Rede gehalten, in der er wegen der Abmilderung Bülow's und der Verzögerung der Erb- schaftsteuer Foch und Schmeißel auf die Häupter der Schnapskollisten kniff. Aus dem Gernon setzen wir einen Satz her, der Beachtung verdient, weil er von dieser Seite kommt:

Aus dem nationalen Werke der Reichs- finanzreform ist am letzten Ende ein Geschäft ge- worden.

Andere Leute wußten das längst; wenn der Herr Generals- leutnant und Bundespräsident der evangelischen Brüder in Zustimmung der Wahrheit die Ehre gibt, so freut uns das aufrichtig und sorgen wir gern dafür, daß das Eingeständnis möglichst weit be- kannt wird.

Die Reichsversicherungsordnung. In einer ansehnend offiziellen Sitzung wird der Meinung entgegengetreten, als ob die Er- richtung und Unterhaltung der sogenannten Versicherungsämter außerordentlich hohe Kosten verursachen würde. Die Reichsregierung habe die Befugnisse der Versicherungsämter: so geregelt, daß sich die Kosten durchaus in mäßigen Grenzen bewegen werden. Der Bundes- rat ist an der Arbeit, die gesamte Vorlage auf die Klarheit der Aus- drucksweise zu prüfen. Die Regierung legt Wert darauf, daß das Gesetz freibleibt vom sogenannten Juristendeutsch.

Regierung von Fabrik und Handwerk. Im Laufe des Herbstes sollen im Reichsamt des Innern Verhandlungen stattfinden, um die Frage der Abgrenzung zwischen Handwerk und Fabrik zu regeln. In diesen Verhandlungen werden außer den Vertretern der Bundesstaaten auch noch Vertreter der Industrie und des Handwerks zugezogen werden.

Kein Koalitionsrecht der Beamten. Wie die „Preussische“ feststellen kann, behält sich die Reichsregierung nicht das preussische Landtag der Entwurf eines Gesetzes über das Organisationsrecht der Beamten gegeben soll. — Wenn dem Landtage ein solcher Entwurf, wie wir ihn gestern geschildert haben, nicht zugeht, so ist das gewiß nicht zu beklagen. Aufgabe der Beamten wird es sein, sich die Koalitionsfreiheit zu erkämpfen.

Die Kirche gegen die Sonntagswahlen. In Bayern hat die Regierung auf Antrag der Sozialdemokraten seit zwei Jahren die vorerwähnten Erbschaftswahlen zum Landtage auf den Sonntag an- gesetzt. Das Zentrum, dem an seinen Arbeiterstimmen doch sehr viel gelegen ist, hatte dies beauftragt. Es wurden bereits eine Reihe von Wahlen an dem Tage vorgenommen. Kirzlich beschäftigte sich die Generalsynode der evangelischen Kirche Bayerns mit den Sonntagswahlen. Die Wähler berichteten die Botschaft von Wahlen an einem Sonntage als Entheiligung des Tages und beantragten, von der Staatsregierung zu verlangen, daß die Sonntagswahlen nicht beibehalten, vor allem aber nicht auf die allgemeinen Wahlen aus- gedehnt werden sollen. Einige Kuge Waff ein wieser aber darauf hin, daß das Verlangen der Kirche schwer haben könne. „Wenn die

Generalynode heute gegen die Sonntagswahlen protestiere, erzwinge sie unsere Stellung in den von Arbeitern bewohnten Dörfern. Es werde in Arbeitstagen, Werktagen usw. obendrein auf unzulässige Weise gegen die Kirche gehandelt. Als Mittel dazu würde sicher ein solcher Beschluß der Generalynode dienen. Man werde hinweisen auf die katholische Kirche, die sich in dieser Angelegenheit bisher aus- geschwiegen hat, und sagen: Geh, so erzwinge ich Euch Protestanten Eure Kirche, das Euch Arbeitern allen eure Wahlrecht auszuüben.“ Schließlich wurde beschlossen, gegen die Botschaft der Erbschaftswahlen an Sonntagen nicht einzuwenden, wenn die Wahlzeit auf Freitag werde, daß der Kirchenbesuch keine Einbuße erleide; dagegen ver- langt die Generalynode, daß die allgemeinen Wahlen nur am Frei- tage stattfinden sollen.

Abgeordneter Meeren Kalkstell. Der Zentrumabgeord- nete Meeren, der sich über alle Massen bemüht, den wirtlichen Cha- rakter des Zentrums richtig zu definieren, findet in der Tätigkeit keinen Anlaß. In nächster Zeit wird die Trierer Zentrum- partei eine Versammlung einberufen. Herr Meeren wollte nun als pflichterfüllter Abgeordneter die Gelegenheit benutzen, um sich seinen Wählern zu zeigen; er bot sich an, als Redner aufzutreten. Wie jetzt die „Reichs- und Westfälische Zeitung“ berichtet, haben die Trierer das Angebot ihres Abgeordneten dankend abgelehnt. Sie hielten an ihrem Entschlusse, auch dann noch fest, als der Abgeordnete Meeren sein Angebot wiederholte.

Der gute Ton. Die Konservativen weisen mit ganz besonderer Betonung darauf hin, daß sie im Wahlkreis Halle a. S. für den kreisförmigen Kandidaten eintreten, lediglich ihrer Devotion folgend: für König und Vaterland! Verdient hätte der Freisinn eine solche Unterstützung nicht. Demgegenüber bemerkt der „Hannoversche Courier“, daß die Konservativen in Halle lediglich ihre Pflicht und Schuldigkeit tun. Mit den schönen Worten „König und Vaterland“ sei leichter schon zu viel Mißbrauch getrieben worden. Die „Kreuz- zeitung“ ist darüber höchlich empört; sie unterstreicht noch einmal, daß es sich in Halle um eine Sache des Königs und des Vaterlandes gegen eine antimilitarische, internationale organisierte Partei handelt. In der Pflicht, den Gelehrer einer solchen Partei zu unterstützen, werden sich die Konservativen auch durch die Frechheit einer nationalliberalen Gegner nicht bremsen lassen.

Die belästigte Kolonialmacht. Wegen angeblicher Be- leidigung des Schutztruppen-Oberkommandos und der Schutztruppe angeklagt, hatte sich Dienstar der Reichstagsabgeordnete Giese vor dem Schöffengericht Wildensfelde zu verantworten. Der Grund der Anklage bildete eine Rede Giese's in einer Reichstagswähler- versammlung vom 30. Dezember 1906, in der er die Koloniallande behandelte und die Reden der Vertreter der einzelnen Parteien aus dem Reichstagsberichte im Zusammenhang vortrug. Darin erwiderte die Anklagebehörde eine absichtliche Beleidigung. Das Gericht gelangte jedoch zur Freisprechung, weil dem Genossen Stelle der Schutz des § 193 zugubilligen sei, denn er habe als Reichstags- abgeordneter und Kandidat ein lebhaftes Interesse daran gehabt, die im Reichstagsbericht vorgebrachten Mißstände seinen Wählern klarzulegen.

Die Gefahren des amerikanischen Zolltarifs. Der „Täglichen Rundschau“ ist von beteiligter Seite Mitteilung gemacht worden, über den Einfluß, den der amerikanische Zolltarif auf den deutschen Export ausüben würde. Zunächst würde einmal die An- forderung der Zolltarife ihren Markt in der nordamerikanischen Union vollständig einbüßen. Ganz erheblich belastet würden außerdem baum- wollene und halbbaumwollene Gewebe, baumwollene Strümpfe und Hand- schuhe, Wollwaren, Seidenwaren und Spitzen, Spirituosen, Seiden und Samte, künstliche Federn und Blumen, Pelzwert, Parfümerien, Glas, Porzellan und Papierwaren. Anschließtarifarten sind nach Amerika von über 10 Millionen Mark, künstliche Blumen für 7 Millionen, baumwollene Strümpfe für 84 Millionen Mark ein- geführt worden. Ganze Industriezweige in Deutschland, die auf den amerikanischen Export angewiesen sind, sind einsach ruiniert, wenn es nicht gelingt, durch einen Handelsvertrag die enormen Sätze des amerikanischen Zolltarifs herabzumindern.

Aus der bayerischen nationalliberalen Partei. Der Geschäftsführende Ausschuss der nationalliberalen Partei Bayerns hat den jugendlichen Abgeordneten Hübsch-Schweinfurt aus der nationalliberalen Partei ausgeschlossen. Der Ausschluß ist auf die Angriffe zurückzuführen, die Hübsch auf dem jugendlichen Parteitag in Köln gegen die nationalliberale Partei und ihren Führer Castellmann richtete. Die nationalliberale bayerische Land- tagsfraktion hat ein Vertrauensvotum für Castellmann beschlossen.

Zur Reichstagswahl in Landsberg-Soldin. Der Bund der Landwirte hat beschlossen, bei der demnächst in Landsberg-Soldin vorzunehmenden Reichstagswahl geschlossen für den konservativen Kandidaten, Amtsgerichtsrat Poltschke, einzutreten. Das war ja selbstverständlich.

Ausland

Die Kongogrenze. Herr Morel, der Ehrensekretär der „Kongoreform-Association“ veröffentlicht in den „Daily News“ Berichte von Augenzeugen über die Grenze, die den Konsulen von drei Großmächten übermittelt worden sind. Darin wird u. a. folgen- des erzählt: Hunderte Männer, Frauen und Kinder wurden

Victoria.

Roman von Minna Kanitz.

(Katholik verboten.)

„Dann aber starrte sie sich ihrem Reiter mit einem Ausdruck der Entschlossenheit und entfernte sich von ihm. Das Wasser rührte ihr weit über die Hüften hinauf, als sie jetzt festen Fußes neben ihm saß.“

Der Schwimmer hatte sich ebenfalls auf seine Hüfte gestellt. Er wußte sehr gut, was er vor sich hatte und bemerkte auch, wie die Augen des Mädchens mit dem Ausdruck des höchsten Jornes ihm entgegenstarrten.

„Sie sind ein Unverschämter“, rief sie mit halb erstickter Stimme.

Er holte ein übermütiges Lachen. „Weshalb? Doch nicht, weil ich Sie gehalten, nachdem Sie so ungeschickt ins Wasser gerathen sind?“

„Was haben Sie hier zu tun?“

„Die alte Frage könnte ich an Sie richten.“

„Was ist Ihre Gewissheit?“ Sie war außer sich, sie wußte offenbar nicht, was sie sagte.

Er schaute lächelnd. „Was schreiben Sie denn so, ich tue Ihnen ja nichts, aber wünschen Sie noch weitere Fragen?“

„Ich will.“

„Ich möchte er, in übertriebener Weise zur Ruhe kommen.“

Unwillkürlich und trotz ihres Jornes kämpfte sie ihre Stimme zu einem Hilferufe herab: „Ich will, daß Sie sich so- fort erlösen, damit ich aus dem Wasser steigen kann.“

„Mit dem größten Vergnügen, nur eine Frage noch: Schwimmen Sie?“

„Ich habe nichts mit Ihnen —“ fuhr sie auf.

„Sie behaupten es Ihnen, daß über mich Ludwig zu machen.“

„O, wie könnte ich das wagen, ich, ein ordinärer Reiter aus dem Reich, die mir kein so erhabenes Wortwort, aber dieses Wortwort ist im höchsten Grade lächerlich.“

„Ich will aus dem Wasser.“

„Ich auch. Meiner Zeit, mir ist's glade, als ob es zu stehen bestünde. Das macht die heißer Jorn, Schwimmen mit. Das Wasser um Sie herum ist — Feuer, Feuer! Ha, das kommt, und ich habe immer abgehört. Sie können ein toller Schwimmer.“

„Ja, ja, ich gebe Ihnen, das heißt, ich schwimme.“

Er tat einen Schritt zurück und blieb wieder stehen.

„Nicht, die eine Frage noch, warum sind Sie denn nicht früher heraufgekommen, Schwimmen Sie?“ sein Ton wurde härter-

der, vertraulicher. „Ich habe Ihnen doch hübsch Zeit dazu ge- lassen, ich dachte, ich hätte mich lang genug in respektvoller Entfernung gehalten, aber Sie geruhten, mich immer näher kommen zu lassen — immer näher heran — und als Sie endlich wie ein Sturmwind alle Zweige ineinander rüttelten, ge- lich ich das auch, um unheimlich zu bleiben.“

Ihre Augen hatten sich erweitert wie im Schreck. „Sie glauben doch nicht, daß ich —“ sie konnte nicht weiter, ihre Brust hob sich krampfhaft, und sie brach in ein lautes Schluch- zen aus.“

Er stand vor ihr, betroffen, unbeweglich das Mädchen an- blickend, das so wehrlos da stand, die Hände vor die weinenden Augen geschlagen. Dann sagte er in einem tiefen Ton, der wenig Klang, trotz seiner Rauheit: „Ich glaube nichts, als daß ich ein dummes Feil gemessen bin; mir bewegen nennen Sie mich auch einen unverschämten, wenn es Ihnen Freude macht, aber vergehen Sie mir.“

Als sie aufblickte, war er verhängen, verflungen von der rauhenen Hand.

Sie blieb, ohne sich zu rühren, die Augen nach dem Wasser gerichtet.

Er mußte doch wieder aufstehen, doch wieder zum Vor- schein kommen? Aber sie sah nichts — sie vernahm nichts, als das Klappen ihres eigenen unruhigen Herzens. Endlich, weit unten, unter der Brücke fast, erschien etwas Dunkles über den mondaberglängten Wasserpiegel.

Sie starrte auf.

Was dahin war er unter dem Wasser geschwommen, es war eine Leiche. — aber, nun ja, sie konnte nun unbehelligt und ungeschädigt aus dem Wasser steigen.

3.

Die Glocke des alten Kirchturms begann das Mittags- geläute.

In der Baumwollgarnfabrik „Victoria“ von Aouard Richi herrschte nach immer eine regte, mannigfaltige Tätigkeit.

Die Schwingräder der Dampfmaschine arbeiteten un- unterbrochen und leuchten durch zahlreiche Transmissionsen die ver- schiedenen Maschinen in Bewegung, welche der komplizierte Pro- zess der Garngewinnung bedingte. Die Kräfte der menschlichen Hand waren in doppelter Bewegung. Hierbei waren aus- schließlich Männer beschäftigt. Bei den Spinnmaschinen und Strecken, wo die zu einem konstanten Gange bereinigten Fasern in Räder geteilt und durch fortwährende Drehung die nötige Drehung erhalten, fanden nur Mädchen in Verwendung. In einem großen Saale waren die Spinnmaschinen aufgestellt. Hier wirkten die Spindeln in dem rasenden Tempo von acht bis zehn Umdrehungen in der Minute um ihre eigene Achse, und die

Streifen gingen vor- und rückwärts, die Spulen abwickelnd, bis das feine Garn gewonnen war.

Hier arbeiteten Männer und Knaben, die letzteren als An- dreher. Welch eine Summe von Arbeit, welche Bewegung, durch geschickte Kräfte vollführt! Und wie das Pfeifen und Surren und Quaken und Poltern!

Aber all dieser ohrzerreißenden Lärm wird noch überdönt durch den Opener (Opener), dem die Arbeiter selbst den Spitz- namens „der Wollteufel“ gegeben haben. Es ist die Vorder- tungsmaschine, welche mit dem Rohmaterial zu manipulieren hat und die noch konstante Waffe durch eine große eiserne Walze, welche in dreitausend Umdrehungen in der Minute dazwischen löst, buchstäblich in Fetzen reißt. Was nicht Feiler ist, wird ausge- schleudert. Die schweren Körperchen fallen zu Boden, die Staub- teile aber wirbeln heraus und erfüllen den Raum.

Der Wollteufel vollbringt seine Arbeit unter einem ent- setzlichen Geräusch. Es ist ein ununterbrochenes metallisches In- einanderdröhnen von unheimlicher Kraft und Stärke, es ist eine ewige Melodie, die die Nerven erötet.

Aber die Maschine hat keine Nerven, sie arbeitet weiter, arbeitet unaufhörlich, Tag und Nacht, in steter Gleichmäßigkeit und Akkuratheit und fordert nichts als die aufmerksamste Auf- sicht und Bedienung.

Der einundzwanzigjährige Andreas hatte den Dienst bei dem Opener. Er einnahm dem mit Eisenketten umgürteten Ballen die ungeräumte, graue, schmutzige Baumwolle und stopfte den Wollteufel damit voll, der diese zerreißt und vom Schmutz und allen fremdartigen Bestandteilen reinigt.

Der graugelbe Schmutz, der durch den enormen Luftdruck dem Opener entzogen wird, liegt auf seinen Rädern, die nichts mehr von ihrer ursprünglichen Farbe zeigen, er überdeckt sein feuchtes Gesicht und rinnt zum Teil wieder mit dem Schweiß herunter. Eine noch düstere Schicht dieser Unreinlichkeiten be- deckt seine Haare und den dünnen rötlichen Flaum, der seinem Aum entzogen ist. Wie nahe er hingetrat und sich vorbeugte, so- daß man vernahmte, er müsse mitgerissen und zermalmt werden! Aber er hielt sich ruhig und sicher, und selbst das Gerüche hatte seine Wirkung auf ihn verloren, er war taub geworden. Das unaufhörliche Dröhnen hatte seine Ohren erbetet. Wie er sie hatte, diese Maschine, den Wollteufel, der ihm alle Lebens- freude geraubt hatte, der ihn in einen Zustand versetzt, der ihn wehrlos dem Gespött preisgibt und ihn als einen Unge- nungsfähigen erscheinen läßt. Und er, in dessen Brust es jän- glichhaft sich regte, nach Freude und Freiheit verlangend, er mußte sein Anecht sein, er mußte es füttern, das gekrüppelte Un- geheuer, den langen Tag hindurch, es schmeckten und säubern und jede Sorgfalt ihm weihen.

(Fortsetzung folgt.)

verbraut. Andere Frauen mit Kindern aneinander getrieben und...
Der Erfolg der Spanier in Marokko. Die Spanier haben die Inhabung der schiefen Anhebungen am...
Die jüngsten Nachrichten aus Mexiko haben die Bevölkerung von Madrid in einen Freudentaumel versetzt.

Der Erfolg der Spanier in Marokko. Die Spanier haben die Inhabung der schiefen Anhebungen am...
Die jüngsten Nachrichten aus Mexiko haben die Bevölkerung von Madrid in einen Freudentaumel versetzt.

Ein Zensurverbot. Man schreibt dem „Vorwärts“ aus...
Drei Tage später erhielt die Generalkommission von der Post die Mitteilung, dass dieses Telegramm im Auftrag der liberalen Regierung...

Ein katholischer Sozialist. Die „Appel to Reason“ berichtet, ist der bisherige Herausgeber des „Katholischen“, einer der angesehensten katholischen Publikationen, zum Sozialismus übergetreten.

Die erste Ausübung des Frauenwahlrechts in Norwegen. Wie man aus Christiania berichtet, wird dort vorausgesehen, dass bei den bevorstehenden Stortingwahlen die Konventionen und „Moderaten“, die gemeinschaftlich vorgehen...

Der russische Kaiser — 2589 Todesurteile in einem Jahre. In der Reichsduma soll während der bevorstehenden Sitzungperiode die Frage der Aufhebung der Todesstrafe wieder angesetzt werden.

Die Unterschlagungen in der Gemeindefasse von Toulouse. Die letzte Gemeinderatsitzung verlief äußerst kümmerlich. Die Sozialdemokraten intervenierten den Bürgermeister wegen der bereits festgestellten Unregelmäßigkeiten in der Stadtkasse.

Austraktische Rüstungen. Der Gedanke der britischen Reichsverteidigung gewinnt rath an Boden. Namentlich ist es Australien, das unter der Angst vor der „gelben Gefahr“, d. h. dem Einbruch der Japaner, leidet und daher zu militärischen Opfern bereit ist.

Alles zusammen soll die Militär freiwilliger und gewöhnlicher Mannschaften ein erstes Aufgebot von 260.000 ansehnlichen Einwohnern und 115.000 Mann Reserve ergeben.

Der Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung Breslau gegen die königliche Regierung des Bezirks Breslau. In der Sitzung des Bezirks-Ausschusses vom 20. September...

Parlament, der neuen kapitalistischen Weltbewirtschaftung, ungewissen der Weltwirtschaft, sei es zum Angriff, wie in Nordamerika und Japan, sei es zur Abwehr, wie in China und Australien.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 1. Oktober.

* Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung Breslau gegen die königliche Regierung des Bezirks Breslau. In der Sitzung des Bezirks-Ausschusses vom 20. September...

1. Dem Magistrat der königlichen Haupt- und Residenzstadt Breslau steht vom 1. April 1908 an, unbeschadet des der Schulaufsichtsbehörde zustehenden Rechts, nach § 59 Absatz 1 des Schulverwaltungsgesetzes vom 28. Juni 1906 das Recht zu, die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Schulen der Eigenverwaltung der Stadt Breslau, auch in Stellen, deren Inhabern Leistungsbeurteilung (Rektoren, Hauptlehrer) in der Zahl einer von der Schulaufsichtsbehörde zu bestimmenden Frist aus der Zahl der Befähigten vorbehaltlich der Bestätigung der Schulaufsichtsbehörde, zu wählen.

2. Eine über die Bestimmung des § 59 hinausgehende, weiter gehende Mitwirkung bei der Verfassung der Lehrer und Lehrerinnen an die öffentlichen Volksschulen der Stadt Breslau in Stellen, deren Inhabern Leistungsbeurteilung nicht zustehen, steht dem Magistrat nicht zu.

3. Die Anfertigung der Ernennungsurkunden für sämtliche Lehrer und Lehrerinnen, auch für diejenigen Stellen, deren Inhaber leitende Befähigung haben, erfolgt durch die Schulaufsichtsbehörde.

Diese Verfügung hat die einschneidende Wirkung, daß der Magistrat nicht mehr das Recht hat, das Lehrpersonal anzustellen, die Berufungsurkunde auszustellen und die Wahl der Lehrer und Lehrerinnen blumen einer gegebenen Frist vorzunehmen. Das dem Magistrat einzig und allein zustehende Wahl- oder Vorschlagsrecht erlischt, wenn die Fristen nicht innegehalten werden oder wenn die Schulaufsichtsbehörde die Befestigung des Gemählten versagt. Die Anstellung erfolgt in diesem Falle unmittelbar durch die Schulaufsichtsbehörde für den Schulverband.

Der Vertreter der Stadt, Justizrat Friedenthal, bezog sich auf § 61 des Schulverwaltungsgesetzes, dessen erster Passus besagt:

„In den ruten eigenen Schulverbänden bildenden Gemeinden, in welchen bisher die bürgerliche Gemeinde Trägerin der Schulaufsicht gewesen ist, und die Gemeindeorgane ein Recht auf weitergehende Mitwirkung bei der Verfassung der Lehrkräfte oder eine solche weitergehende Mitwirkung bei der Berufung ausgeübt haben, bewirkt es hierbei.“

Mit anderen Worten bleibt es beim alten. Der Vertreter der Stadt führte in eingehender Weise aus, daß dieser Passus bei der Stadt Breslau seine volle Anwendung finden muß, denn die Stadt Breslau hat die Schullast getragen, sie hat auch die Lehrer angestellt, die Volationsurkunde ausgefertigt und die Wahl ohne Fristbestimmung vorgenommen. Die Stadt hat diese weitergehende Mitwirkung bei Berufung der Lehrkräfte mit vollem Recht ausgeübt, ohne daß je ein Einspruch der Schulaufsichtsbehörde erfolgt ist. Nicht ein einziger Fall liege vor, wo die Mitwirkung in dieser Weise beanstandet worden wäre. Er weist auf einen Majestätsbrief von Kaiser Rudolf II. aus dem Jahre 1615 hin sowie auch auf Ministerialverfügungen Friedrichs des Großen, wonach per Stadt Breslau das Recht der Berufung zugestanden wurde. Sonach sei der Beschluß der Regierung nicht haltbar.

Der Regierungsvertreter führte dagegen an, daß der Stadt Breslau weitergehende Rechte zugestanden sind, soweit die Wahl von Rektoren und Hauptlehrern in Betracht komme. Vor dem neuen Gesetz hatte Breslau nur ein Vorschlagsrecht. Der Magistrat wurde gehört, jetzt aber könne der Magistrat die Rektoren zu wählen und die Regierung hat nur das Befestigungsrecht. Freilich ist die gegebene Frist innezuhalten. Gemäß § 59 des Schulverwaltungsgesetzes bedürfen die Gewählten der Bestätigung durch die Schulaufsichtsbehörde und werden von ihr unter Ausfertigung der Ernennungsurkunde für den Schulverband angestellt. Diese klare Gesetzesbestimmung lasse keinen Zweifel offen, daß die Klägerin kein Recht habe zur Ausfertigung der Volationsurkunde. Die von der Gegenpartei angeführten Gründe für eine größere Mitwirkung seien nicht stichhaltig; der Staat habe sich seiner Rechte nicht begeben. Gewohnheitsmäßige Übungen können aufgehoben werden. Wenn seitens der Schulaufsichtsbehörde Einspruch nicht erfolgt ist, so geschah das nur deshalb, weil dazu kein Anlaß vorlag. Die Behörde trete doch nur ein, wenn unordentliche Verhältnisse Platz greifen. Auch die juristischen Ausführungen suche der Regierungsvertreter zu widerlegen. Die Stadt berufe sich auf die Städte Stettin und Königsberg, dort stelle der Magistrat die Ernennungsurkunde aus. Es sei in diesen Städten angefragt worden, die Behauptung habe sich aber nicht bestätigt. Die Rechtslage sei eine andere geworden. Der Schulaufsichtsbehörde unterliehe das gesamte Elementarschulwesen, sie kann den Gemeinden keine anderen als gesetzliche Rechte einräumen, staatliche Hoheitsrechte müßten verbleiben sein. Von der Gewöhnung seien sie nicht herzutreten.

Der Bezirksausschuß schloß sich den Ausführungen des Regierungsvertreters in allen Stücken an und wies den Magistrat mit seiner Klage ab. So wäre denn den Städten wiederum ein wichtiges Selbstverwaltungsrecht genommen und den zahlreichen früheren Beweisen ein neuer zugefügt worden, daß die Kommunen wohl Lasten übernehmen dürfen und übernehmen müssen, in ihren eigenen Verwaltungsgebieten aber mehr und mehr unter die Botmäßigkeit der Regierung gestellt werden. Daß das Oberverwaltungsgericht, dem nunmehr voraussichtlich der Rechtsstreit unterbreitet werden wird, einen der Stadt Breslau günstigeren Standpunkt einnehmen sollte, wagen wir nicht zu hoffen.

§ Vier Einbrüche angeführt zu haben, wird ein selbsterlöschender, der endlich aus der Schweiz zurückgekehrt ist, beschuldigt. Der 21 Jahre alte Mann ist wegen Unterschlagung, den er im Eisenmarkt verübt hat, vor Gericht erschienen. wurde aber...

festgehalten, weil man an ihm, daß er in Notwehr ergriffen habe. Der von der Polizei vor einigen Tagen wieder in Ost Preussens hat drei Einbrüche (in einer Kaserne, in einem Kleidergeschäft und bei einem Fleischerhändler), wo er teils Kleider, teils Wirtschaftsgüter, teils Geld entwunden hat, zugegeben. Einen vierten in einem Fahrradgeschäft leugnet er dagegen ab.

* Eine gesungene Abendunterhaltung von ausgeführter Seite erwartet die Teilnehmer und Gäste der Soiree, die der Frauen- und Mädchenchor „Froh Sinn“ morgen Sonntagabend im Saale des Gewerkschaftshauses veranstaltet. Wir werden ersucht, darauf besonders hingewiesen, was hiermit geschieht.

Aus Schlesien und Polen.

Jauer, 1. Oktober. Mehr Bauarbeiterschütz! Ein Unfallsfall ereignete sich Donnerstag Nachmittag beim Neubau der Beamtenwohnhäuser in der Breslauer Straße. Von einem hohen Gerüst stürzte der Maurer B. B. infolge eines Fehltrittes etwa drei Stock hoch herab und zog sich schwere innere Verletzungen zu. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus trat bereits der Tod ein. B. hatte war verheiratet und Vater mehrerer Kinder. — Wo waren die Schutzvorrichtungen?

Neueste Nachrichten.

Am den Achtstundentag.

Sandau, 1. Oktober. (S. L. B.) In K. B. haben die Arbeiter der Cambrian-Gruben 4000 Arbeitern geründigt. Der Grund sind Differenzen, die infolge der Forderung des Acht-Stundentages entstanden.

Die Leiden der Polarfahrer.

Paris, 1. Oktober. (S. L. B.) Die Zeitschrift „Illustration“ veröffentlicht heute die Fortsetzung des Berichtes Chadletons über seine Südpolar-Expedition. Chadleton erklärte u. a., daß er und seine drei Kameraden halb verhungert und krank den Rückzug antreten mußten, nachdem sie nur noch 170 Kilometer vom Südpol entfernt gewesen seien.

Die blühende Dyaktie.

Potsdam, 1. Oktober. (S. L. B.) Prinzessin Cecilie wurde gestern Abend von einem Prinzen entbunden. Numero 5. — Hurra!

Marokko.

Paris, 1. Oktober. (S. L. B.) „Matin“ meldet aus Marokko: Im Verlaufe des letzten Ministerrats ist die Errichtung eines General-Kapitänats in Marokko beschlossen worden. Der Sitz des neuen General-Kapitänats wird entweder Ceuta oder Melilla sein. Als erster Inhaber dieses Postens, der mit 150.000 Pesetas dotiert ist, wird General Marina genannt. Die Marokkanen Ceuta und Melilla werden je 15.000 Mann erhalten. Die notwendigen Kredite werden bereits im Budget für 1910 vorhanden sein.

Madrid, 1. Oktober. (S. L. B.) Die aus Seluan abgegangene spanische Kolonne hat die Gebirgszüge von Gabelor befreit, welche die Dna der West Kultur überlagern. Von dort bombardiert die spanische Artillerie die Dna.

Berlin, 1. Oktober. (S. L. B.) In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde beschlossen, das vor einigen Monaten gebildete interministerielle Sonderkomitee in ein Kampfsyndikat umzuwandeln. Dem Kampfsyndikat gehören alle Werke mit Ausnahme von „Einigkeit“ und „Widerleben“ an. „Einigkeit“ hat sich 24 Stunden Bedenkzeit erbeten.

München, 1. Oktober. (S. L. B.) In Marktach in Mittelfranken und anderen benachbarten Orten ist eine große Anzahl von Personen an Scharlach erkrankt. Ein Mann und eine Frau sind bereits gestorben. Zwei Metzger hatten ein Mutter Schwein gemeinsam geschlachtet, das mit Trichinen durchsetzt war.

Wien, 1. Oktober. (S. L. B.) Bei dem hiesigen Landgericht wurde gestern über eine Klage eines gewissen Alten wegen einer Wechselschuld des Prinzen Wignall von Braungau über 60.000 Kronen verhandelt. Die Verwandten des Prinzen erklärten sich bereit, die Summe zu bezahlen. Da der Kläger scharlach erkrankt, wegen Wuchers belangt zu werden, zog er schließlich die Klage zurück.

Paris, 1. Oktober. (S. L. B.) In Romcey spielte sich gestern Abend in einem Variete eine dramatische Szene ab. Der dort aufstrebende Blumenhändler muß heute zum Militär einrücken. Seine Geliebte regte sich darüber so sehr auf, daß sie den nackten Arm zwischen die Eisenstäbe des Gitters steckte und vom Löwen zerfleischt ließ. Erst nach zehn Minuten konnte sie befreit werden.

Serbere, 1. Oktober. (S. L. B.) In Barcelona sind gestern zehn Personen verhaftet worden, 4 wurden wieder auf freien Fuß gesetzt. — Vier neue Kolonnen zu 4000 Mann sind gebildet worden, angeblich um eine „militärische Promenade“ nach einem bis jetzt unbekanntem Bestimmungsorte zu machen.

Antwerpen, 1. Oktober. (S. L. B.) Gestern Abend übernahm ein aus Gent kommender Eisenbahnzug bei Etghem einen Wagen. Der Kutscher und eine Dame wurden getötet, ein Herr schwer verletzt.

Belgrad, 1. Oktober. (S. L. B.) Drei elegant gekleidete Männer drangen in das Ministerium ein, um einen Dokumenten Diebstahl zu verüben. Ein Polizist wurde unter dem Verdachte der Täterschaft verhaftet.

Konstantinopel, 1. Oktober. (S. L. B.) Aus Bengali wird gemeldet, daß in der Provinz Fessan im Bezirk der Stadt Gairon ein Kampf zwischen Soldaten und Räubern stattgefunden, wobei eine Anzahl Räuber getötet und 18 Gefangene gemacht wurden.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 1. Oktober: Maschinen- und Feiler-Generalsammlung im Zimmer 1. Nebenamt Kollege Scheffel aus Berlin. Gewerkschafts-Verein, Zimmer 2. Stenographen-Verein „Fortschritt“, Zimmer 3.

Samstags-Redaktion: Richard Schiller. — Redaktion und Expedition: Neue Central-Redaktion. — Leitung von Otto Schick. — Druck von Th. Schick. G. u. L. B. — Druck in Dresden. Stern & Bellag.

Für die Inserate übernimmt die Redaktion nur die prechgesetzliche Verantwortung.

Frauen- u. Mädchenchor „Froh Sinn“

Sonntags, den 2. Oktober, abends 8 Uhr:

Grosse Gesangs-Soiree

mit Tanz

im Saale des „Gewerkschaftshauses“.

Um rasch Zutritt zu erhalten. Der Vorstand.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 1. Oktober.

Geschichtskalender.

2. Oktober.

- 1839 Hans Thoma, bedeutender deutscher Maler der Gegenwart.
1888 Julius Kräcker, sozialdemokratischer Abgeordneter Breslau-Weß, †.
1892 Ernst Renan, lib. Theologe, †.

Dem Zentrum zur Antwort.

Für unsere Antwortversammlung auf die Angriffe des Dr. Fleischer hat auch die katholische Presse

Einladungsinserat

usgenommen und wir dürfen also auf einen starken Besuch unserer Versammlung durch katholische Arbeiter rechnen. Der Saal des Kronprinzen ist aber groß genug, um auch einer großen Zahl unserer eigenen Genossen Raum zu bieten und sie werden dafür sorgen, daß eine ruhige Versammlung mit ungestörter Diskussion stattfindet, die Freund und Gegner ihre Argumente darlegen läßt.

In ihrer Verlegenheit läßt sich die „Volkzeitung“ schreiben, Bull habe geglaubt, Genosse Löbe „wolle mit seinem Stod in die Versammlung „irrsinnig“. Die Sache ist uns zu dumm, als daß wir darauf eingehen. Die „Neueste Zeitung“ nimmt an, wir beschuldigen Herrn Rutatus Fennig, die Unruhen „dirigiert“ zu haben. Fällt uns gar nicht ein, soweit wir sehen konnten, war dieser von dem Zwischenfall sehr unangenehm berührt: er kennt anscheinend doch auch seinen Bull. Die „Neustädter Zeitung“ behauptet schließlich, daß derselbe Herr Löbe mit seinen Horden durch einen Mordspießel die Redner der Konservativen und des Zentrums schon früher einmal am Weiterreden hinderte. Es handelt sich um einen Vorgang aus dem Jahre 1902 in den „Dreikaiserjahren“, wo ebenfalls vier Redner, darunter Genosse Löbe, ungehört geiprochen hätten, bis Pastor Ritsche die Versammlung so provozierete, daß es zu einem Tumult kam. Zwischen beiden Vorwürfen liegen ca. hundert Versammlungen mit freier Diskussion, in denen wir uns beteiligt haben und die ruhig verliefen — das ist wohl die beste Antwort auf die tierikalien Häubergeschichten.

Berichtserstattung vom Leipziger Parteitag.

In der letzten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die von 300—400 Genossen besucht war, fand die Berichtserstattung über den Parteitag aus Leipzig statt, an welche sich eine rege Diskussion anknüpfte. Genosse Albert war durch seine Gattin verhindert, an der Berichtserstattung teilzunehmen, die insolge dessen von Genossen Löbe allein übernommen wurde. Aus seinen Ausführungen und der darauf folgenden Debatte geben wir nachstehendes wieder:

Genosse Löbe schildert in seinem Bericht den günstigen Eindruck, den er von den Beratungen des Parteitages und den Arrangements der Leipziger Genossen gehabt habe, er will in der Rede mancher ausländischer Vertreter etwas mehr Kraftgefühl und Lebhaftigkeit bemerkt haben, als es uns manchmal zur Verfügung steht. Mollenbushs und Gerichs Berichte haben den günstigen Stand unserer Organisation und unserer Arbeit vorzüglich auf Grund von Statistiken, über welche die Partei erst seit wenigen Jahren verfügt, nämlich seit der Detaillierung der Breslauer Organisationsanträge vor dem Bremer Parteitag. Der Verlust von 20.000 Altsolidaritäten während der Krise sei sicher schon ausgeglichen, die „Volkswacht“ allein hat ja schon 3000 zuzunehmen. Nachdem er auf die Unterstützung der Jugend-

organisations und das Gehalt des Antrages auf Herausgabe populärer Steuerbroschüren hingewiesen, besprach er kurz die wichtigsten Neuerungen des Organisationsstatuts. Die Revision der Ausschlußparagrafen soll nach ausdrücklicher Erklärung der Kommission keine Bedrohung der Meinungsfreiheit darstellen. Zur Debatte über die Stellung zur Erbschaftsteuer begründete Redner seinen Standpunkt, der die Bewilligung der Steuer in allen drei Lesungen billigt. Wir demonstrieren und stimmen alle und jederzeit gegen die Ausgaben für Mühlungsbede. Ist diese unsere Abstimmung aber erfolglos geblieben und handelt es sich dann um die Frage, wer soll sie bezahlen, die Reichen oder die Armen, dann müssen wir selbstverständlich alle Steuer ablehnen, die den Armen belasten und jene Steuer annehmen, die den Reichen heranziehen. Da sich aber auch dabei die verschiedensten Situationen ergeben können, muß die Frage der Abstimmung offen bleiben und von Fall zu Fall entschieden werden. In der Frage der Arbeitsruhe bei der Matseier vertrat der Delegierte die Ansicht, daß diese Arbeitsruhe aufzugeben und eine einseitige große Demonstration am Abend des 1. Mai oder am ersten Sonntag stattfinden sollte. Wenn die jetzige Arbeitsruhe sei eben keine große, würdige Demonstration und wir können ruhig zugeben, daß die Verhältnisse auch hier einmal, wie so oft im Leben, stärker waren als unser Wille. Genosse Löbe wies nach auf die glänzenden Redner zur Reichsversicherungsordnung und auf die Sympathiebewegung für die Opfer der russischen und der spanischen Revolution hin. Sei auch die Kampfsart dieser Genossen verschieden von der unseren, so werden wir ihnen doch stets die Solidarisität beweisen, denn die Genossen eines jeden Landes müssen selbst entscheiden, wie sie sich gegen ihre Unterdrücker wehren. (Beifall.) Im Falle „Austritt aus der Landbesitz“ hat Genosse Löbe einen Antrag begründet, gegen den er selbst in der Breslauer Versammlung gestimmt hat und der seine Meinung nicht ganz wiedergibt. Der Antrag ist abgelehnt worden. Die Wahl Bebel's mit allen abgegebenen Stimmen habe die Dankbarkeit des Proletariats für seine Führer bewiesen, die durch keine Richtungsänderung beeinträchtigt wird. Zum Schluß schildert Genosse Löbe den freudigen Empfang, den der Antrag auf Herabminderung des Schnapssteuereinkommens auf dem Parteitag und in der Partei- und Gewerkschaftspresse gefunden hat. Jetzt gelte es, die mancherlei Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die der Ausführung des Beschlusses im Wege stehen. Dabei greifen wir auch unangenehm in den Erfindungsgeist einzelner Genossen, zum Beispiel der Gastwirt, ein. Da aber die Gastlokale in erster Linie nicht zum maßlosen Trinken, sondern zur Pflege geselligen Verkehrs da sind, der berechtigt werden kann, wird sich ihr Inhaber auch auf andere Vorteile einzulassen können und die schwierigeren Punkte überwinden. Jedemfalls wollen wir jetzt alle helfen, den glücklichen Beschluß zur Durchführung zu bringen und das Wert des Parteitages zu krönen, indem wir ein Uebel bekämpfen, das den Körper und Geist vieler Klassenangehörigen zernagt, Menschenwürde untergräbt, Familienleben vernichtet, von denen aber viele gefunden können durch eifrige Agitation. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion nahm zunächst Genosse Schiller das Wort. Er führte etwa folgendes aus: Die Ausführungen des Genossen Löbe, die bis zur Frage des Schnapsbottells von einer gewissen geschäftlichen Nüchternheit getragen waren, neben auch ein Spiegelbild von der Nüchternheit des Leipziger Parteitages. Der Redner will nicht auf alle Fragen eingehen, sondern nur folgende einer kurzen Betrachtung unterziehen. Die Erziehungsbestrebungen bei den Jugendlichen, die auch auf diesem Parteitag mit großem Ernst behandelt wurden, finden besonders in Breslau nicht die genügende Teilnahme der Eltern, der gewerkschaftlich und politisch organisierten Eltern. Aber was in Nürnberg und auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress und jetzt wieder in Leipzig beschlossen worden ist, die Erziehung der Arbeiterjugend in möglichst gründlicher Weise zu betreiben, müsse bei der Masse der Genossen ein größeres Echo finden. Soll hier wirklich etwas zu Wege gebracht werden, dann müssen einmal die Eltern mehr interessiert werden, und zum anderen müssen Partei und Gewerkschaften größere Mittel bereitwillig zur Verfügung stellen. Der Redner geht dann noch kurz auf das Arbeitsprogramm des Breslauer Jugendauschusses ein und bittet die Eltern, ihre heranwachsenden Kinder für diese Veranstaltungen zu interessieren. — Zur Frage des Schnapsbottells übergehend, bedauert Schiller, daß Löbe, der sich gerade hierbei Vorbeeren gepflückt habe, diese Sache in seinem Bericht etwas gar zu kurz behandelt habe. Hat man eine beratige Aktion im großen Maßstab beschlossen, soll dieser Botschaft Waffe und Kulturtat zugleich sein, dann müßten die Genossen auch alle die

Fragen diskutieren, die bei der ersten Durchführung des Botschaft nebenher entstehen. Es muß über das Inseratenwesen gesprochen werden und damit im Zusammenhang darüber Klarheit geschaffen werden, wie es mit dem Schnapsauschuss im Gewerkschaftshaus gehalten werden soll. Führe der Schnapsbottel nach dieser Richtung zu geschäftlichen Mißerfolgen, dann muß eben nach neuen Wegen gesucht werden, um Ausschüsse wick zu machen. Die Frage des Schnapsbottells sei zu ernst, um sie allein von statistischen Gesichtspunkten abhängig zu machen.

Dann kam der Redner auf die Auseinandersetzungen des Leipziger Parteitages in Sachen der Erbschaftsteuer zu sprechen. Hier haben sich ohne Zweifel die gegensätzlichen prinzipiellen Auffassungen innerhalb der Parteigenossenschaft in ganz bestimmter Form gezeigt. Allerdings fiel dieser Gegensatz diesmal nicht in dem Maße auf wie bei anderen Gelegenheiten; er war aber vorhanden und forderte gebieterisch eine ernste Diskussion und Klärung. Daß man mit der Zustimmung zur Erbschaftsteuer das einzig Richtige getroffen habe, treffe zwar zu in rein wirtschaftlicher Beziehung, nicht aber nach seiner, des Redners, Auffassung in grundsätzlichen sozialistischen Dingen. Unter jeder parlamentarischen „praktischen“ Arbeit müsse für alle Fälle das sozialistische Prinzip als Prüflin stehen. Wenn man sich in diesem Sinne äußere, dann sei das wahrhaftig keine Prinzipienreiterei, sondern ehrliche, ernste Auffassung. Auch die Berufung auf unser Parteiprogramm und selbst Bebel's Erklärung für die Erbschaftsteuer seien keine einwandfreien Säulen für die Wortführer der „Praktischen Arbeit“. In den Erläuterungen zum Programm sei kein Wort darüber zu lesen, für welche Zwecke die letzten Ende auch direkte Steuern bewilligt werden sollen. Da will er, Redner, auch einmal Revisionist sein und fordern, daß hier das Programm zu revidieren ist. Bebel's Haltung sei nach seiner Meinung durchaus nicht konsequent. Von ihm, dem alten revolutionären Kämpfer, hätte man erwartet, daß er sich mehr auf seine Lebensjahre gegen den Militar- und Polizeijahar befinne, ehe er sich für die Erbschaftsteuer aussprach. Dann mache man auherordentlich viel Aufhebens davon, daß es unmöglich sei bei der Agitation in zurückgebliebenen Gegenden die Ablehnung der Erbschaftsteuer zu rechtfertigen. Der Redner hält das für übertrieben. Auch er habe in diesen Sommer in zahlreichen Versammlungen draußen im Lande über die Finanzreform und über die Erbschaftsteuerfrage gesprochen. Er habe aber stets darauf hingewiesen, daß eine sozialdemokratische Wahlparole in einem eventuellen Wahlkampf lauten müsse: Dieser Regierung keinen Pfennig Steuern, gleichviel welcher Art. Und die Begründung dieser Parole ließe sich sozialistischen Sinne sei auch von den einfachsten Landarbeitern verstanden worden. — Er könne Stadthagens Vorlesung bei der Schlußabstimmung über die Erbschaftsteuer der Stimme zu entziehen, nur beabsichtigen. Der Redner hätte ebenso gehandelt, weil er es mit seinem parteigenösslichen Gewissen nicht vereinbaren könne, indirekt dem Staate mit Mitteln beizuhelfen, an dessen Unteranga er bis zum letzten Atemzuge zu arbeiten gedenke. Hier liege die große Aufgabe vor, Klarheit zu schaffen. Nicht handele es sich um Rechtshabereien in einer Nebenache, sondern um sichere, klare Auffassung im Kampfe um unsere sozialistischen Grundzüge. Wenn vorher über diesen Punkt keine Klarheit vorhanden war, dann müsse sie jetzt unbedingt geschaffen werden. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Datz: Das erfreulichste am diesjährigen Parteitag war die Einmütigkeit, mit der er an praktische Aufgaben heranging, was den Würdigen der Arbeiter sicher mehr entspricht, als theoretische Silbenstecherei. Wenn aus einzelnen Bereichen Klagen laut werden, über nicht beachtete Spezialitäten durch den Schnapsbottel, so darf uns das an der energetischen Durchführung nicht hindern. Wir bekämpfen doch auch den Militarismus und lehnen alle Militärforderungen ab, obwohl bei Krupp zehntausende von Arbeitern beschäftigt sind. Wenn das Böttchereiwerte wirlich eine so schwere Schädigung erleiden sollte, wie man dort annimmt, dann muß man den Jagd von Verhörungen zu verringern suchen. Unsere Fraktion hätte diesmal auch in der dritten Lesung unter allen Umständen für die Erbschaftsteuer stimmen müssen. Die Auffassung, daß die herrschende Klasse sich Militär halten könne, soviel sie wolle, wenn sie es selbst begehrt, liegt in der Partei kein Mensch. Wir alle wissen, daß die Arbeiter dann für den Militarismus noch immer die schwerste Steuer, die Volksteuer, zahlen müssen. Deshalb kann auch nicht die Rede davon sein, daß wir unter allen Umständen für jede Vermögens- oder Erbschaftsteuer sein müssen. Diesmal handelte es sich um eine Steuersumme, die in ihrer Höhe soviel bewilligt worden wäre. Den Junkern konnte es nichts lieber sein, als die Ablehnung der Erbschaftsteuer durch

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Platen's Grab. Der Dichter August von Platen liegt bekanntlich im Garten der Villa „Randolina“ bei Stralun begraben. Jedes Jahr, so berichtet die in Palermo erscheinende „Dra“, schickt die bayerische Regierung an den Besitzer der Villa eine kleine Geldsumme mit der Bitte, das Grab und die über der Grabstätte errichtete Prozessionskapelle des Dichters in guter Out zu halten. In der Villa, deren Garten früher einmal ein protestantischer Friedhof war, sind übrigens noch andere berühmte Ausländer begraben. Jetzt ist aber die Villa „Randolina“ an einen Bayern verpachtet worden, an einen Mann, der sich nur um seine Feldfrucht kümmert und von Annull v. Platen wahrscheinlich noch nie etwas gehört hat. Es besteht die erste Befürchtung, daß der neue Wächter die Grabstätte dem Erdboden gleichmacht. „Da die Stätte“, so schreibt die „Dra“, für viele Stralun's besuchende Ausländer denkmalhaft ist, müßte das Stralun zu Italien gehört, dürfte es angebracht sein, daß sich Italiens Geisteselite zusammenschließt, um die Schändung der Villa „Randolina“ zu verhindern.“

Gerrenlose Schätze in Messina. Die Summe der verschiedenen Wertgegenstände, die die Militärbehörde aus den Trümmern des zerstörten Messina ausgegraben und zusammengetragen hat, und deren Eigentümer nicht festgestellt werden konnten, beträgt schätzungsweise über 80 Millionen Mark. Die Schätze sind zum Teil in der Katakomben der Stabell, zum anderen Teil in Holzschuppen untergebracht. Sie setzen sich aus Bargeld und Kassenscheinen, Staatsanleihen und Aktien zusammen, die in Italien fast stets Inhaberpapiere darstellen und sind der Obhut von 4 Offizieren anvertraut, die nicht einmal genügend Mannschaften zur Bewachung der als Schatzkammer funktionsierenden Schuppen zur Verfügung haben.

Eine vorrömische Totenstadt bei Rom. Wenige Kilometer von Rom, am Gebiet von Lepignano liegen die letzten Ueberreste von dem alten Capena, bei dem eine umfangreiche Totenstadt entdeckt wurde, die jetzt von Mancinelli Scotti durch Ausgrabungen näher erforscht worden ist. Der Gipfel eines Hügel diente den ersten Einwohnern von Capena als Bestattungsort und hier wurden auch ihre uralten Grabstätten aufgedeckt. Man hat neben verschiedenen Perioden unterschiedlicher Völkern, die aus der Zeit des achten Jahrhunderts hinaufreichen bis ins dritte vorchristliche Jahrhundert. Durch die verschiedene Anordnung der Bestattung und durch die Art der Beigaben, die zu den Toten ins Grab gelangt wurden, sind die einzelnen Perioden scharf von einander unterschieden.

Die Ausgrabung der Villa des Horaz soll, wie ein Telegramm des „V. L.“ meldet, in nächster Zeit von der italienischen Regierung in Angriff genommen werden. Die Ausgrabung wird auf Grund von Feststellungen des Professors Pasqui erfolgen, die

ihm nach seiner Auslage mit Hilfe alter Codices und nach den Angaben in den Schriften des Horaz selbst gelungen sind.

Aus aller Welt.

Der Konflikt mit Merlot. Offenbar scheitern bei der Abfassung des Vertrages zwischen Merlot und dem Komitee die Verhandlungen abgewandt zu haben, denn der Merlot telegraphierte aus Köln an das „V. L.“: „Sie irren sich, wenn Sie glauben, daß ich auf fünf Tage für die Berliner Flugwoche engagiert werden sei. Ich war nur für zwei Tage, Sonntag und Montag, gebunden. Ich habe diese Verpflichtungen innegehalten und wollte sogar am Mittwoch fliegen. Zur völligen Klärung der Sache halte ich eine Photographie des Vertrages zu Ihrer Verfügung.“ Merlot ist inzwischen zur Kölner Flugwoche gereist und hat dort bereits die ersten Flüge ausgeführt.

Landarbeiterlos. Um die Gutsbesitzer vor „auffälligen“ und „begehrlichen“ Gefinde zu schützen, hat das Justiz- und Landgericht einen verheirateten Rechtler 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Der Mann war mit anderen Festen des Gutsbesitzers in dessen Wohnung „eingedrungen“ und hatte Forderungen gestellt. Die Folge davon war ein Strafaufrag wegen Hausfriedensbruch. Dann hatte der Rechtler, um sein Kind heranziehen zu können, der Frau des Gutsbesitzers 12 Mk. abhandelt. Er soll die Frau dabei mit der Peitsche und mit erhabener Faust bedroht haben. Dabei ein Strafaufrag wegen Exzessualität. Weiter hat der Rechtler den Gutsbesitzer verlassen, nachdem er 14 Mk. Vorkauf erhalten hatte. Folge: Strafaufrag wegen Betrug. Wegen dieser Vergehen, wegen noch Arrestbruch kom, erhielt der Rechtler 1 Jahr Gefängnis. Das Gericht hielt die „Handlung des Angeklagten für empfindlich“; es war der Meinung, daß die Gutsbesitzer „einpacken“ könnten, wenn die Handlungen des Gefindes in solcher Art einzuwirken, daher müßte auch auf eine strenge Strafe erkannt werden. — In Jasterburg sind im Jahre 1906 ein Inspektor und 1908 ein Arbeiter, die beide Landarbeiter erhalten hatten, freigesprochen worden. Der Recht aber, der kein Koalitionsrecht besitzt und deshalb zu anderen Mitteln greifen mußte, wird hart bestraft.

Antwetter in England. Der größere Teil Englands wird augenblicklich von einem Regen heimgesucht, der dem in den Tropen nichts nachgibt, nur daß er unangenehm kalt ist. Seit 36 Jahren erinnert man sich nicht, analoge Witterungsverhältnisse gehabt zu haben. In Südwest sind verschiedene Menschen ums Leben gekommen. Bränden wurden fortgeschwemmt; das Wasser fließt durch die Straßen, fünf bis sechs Fuß hoch, alles was im Wege steht, mit sich fortreisend. In Aberdeen mußten Frauen und Kinder in den niedrigen Quartieren der Stadt ihren Weg zur Frei-

lung durch die Fenster der in der zweiten Etage gelegenen Schlafzimmern nehmen. Eine Frau ertrank. In Süd-Warwickshire sind Hunderte von Acker Landes unter Wasser gesetzt. In den niedrigen gelegenen Distrikten sind die Häuser überflutet und die Straßen unpassierbar. In manchen Stellen ist die Ernte vollständig vernichtet. In London regnet es seit Wochen mit kurzen Unterbrechungen in den letzten vierundzwanzig Stunden ununterbrochen. Die Menge ist infolge zahlreicher Transaktionen mit Arbeit überbrückt. Dabei ist keine Aussicht auf Besserung vorhanden.

Verurteilter Zentrumsagitator. Mittwoch wurde vor der Strafkammer in Düsseldorf der frühere Direktor der katholischen Verlagsanstalt Unikat in Düsseldorf in Sachen wegen Unterschlagung von 3000 Mk. zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte war auch vollständig hervorragend tätig und bekleidete den Posten eines zweiten Vorsitzenden im Rentnerverein in Düsseldorf.

Ueberfall auf eine Schauspielerin. Die Schauspielerin Elsa Böhm vom Leipziger Stadttheater wurde, einem Telegramm zufolge, Nachts auf dem Nachhauseweg vom Theater in ihre Wohnung in Leipzig überfallen und der gesamten Barschaft und der Uhr beraubt. Der Räuber ist entkommen. Fräulein Böhm wurde leicht verletzt.

Ein mannhafter Pfarrer. Die Dichter sind doch viel einfältiger und viel ärmer an Einfällen als das weltliche Leben. Wie viel Pfarrerklischees sind nach Anzengruber geschrieben worden; aber es war doch immer das eine alte Klischee von dem Bischof, der sein Herz und seine Sinne befehen muß wider alles Recht der Natur. Man, das Leben erfindet abwechselnd verschiedene Pfarrerklischees. Kürzlich war in den Zeitungen zu lesen, daß in St. Egid in Kärnten der Pfarrer Gesty vom Kirchhof selbst seiner Würde hätte entsagen werden sollen. Vorher war der Pfarrer schon mit den schwersten kirchlichen Strafen bedroht, das Weihen wie das Heiligen waren ihm unterzogen worden. Als der Kirchhof die Freier nur aus St. Egid entfernen wollte, da erhob sich die gesamte Gemeinde für ihren Pfarrer. Es kam zu einer großen, stürmischen Versammlung für den Pfarrer und gegen den Bischof. Der hohe geistliche Herr wurde unermittelter Dinge von St. Egid fort. Das ist das Bedenken des Pfarrers? Der St. Egidier sind mit ihrem Weihen zum zurückgeblieben. Er ist freilich kein geistlicher Herr, sondern arbeitet selbst wie ein Bauer auf dem Felde. Er ist kein laubhauer Wirkhauerredner, aber er gibt leben, der ihn darum angeht, fremdbilligen, gesunden Rat. Die Schande des Pfarrers besteht darin, daß er einen Sohn hat. Und er macht daraus seinen Pfarrer! Und er verachtet den Weibesproß nicht im Geheimen, läßt ihn nicht im Dunkel verworren, sondern bekennt sich frei und männlich zu seinem Kinde! Er hat keinen Sohn gern und sorgt für ihn! ... Die St. Egidier respektieren diesen Pfarrer nicht, „Schauspielerin“ an St. Egid Pfarrer, der als ... der Charakter seine Vaterpflicht nicht erfüllt und verdirbt, gerade das unwürdiger ihnen.

... sodas dann die ganze Last den Arbeiter zuleit. ...

Genosse Köhn: Den Ansichten von Darf kann ich mich nicht anschließen. Wenn es uns darauf ankame, den Massen zu sagen: Seht, wir haben den Reichthum befallen, dann würden wir nur ein wohlthätiges Mandat...

Genosse Schweitzer: Genosse Köhn hat doch auf dem Parteitag den Genossen stark nicht als Ausländer angegriffen, sondern nur den Standpunkt vertreten, daß die Weibchen des Kampfes in jedem Lande andere seien und von einem ausländischen Genossen nicht immer begriffen werden könnten.

Genosse Dambrowsky: Die Behandlung der Jugendfrage auf dem Parteitag hat mich erfreut, dagegen ist mir die Erklärung gegenüber der Raifester uninteressant.

Genosse Günther: Ich freue mich über die Einigkeit auf dem Parteitag. In der Erbschaftsteuer haben wir noch ungelöste Fragen vor uns. Es ist eine Erbschaftsteuer in Verbindung mit anderen Steuern, dann muß das ganze Gesetz abgeändert werden.

Genosse Baumgart: Wir dürfen nicht nur sagen, was unsere Abgeordneten tun, ist gut, dann kommen wir auf die ideale Ebene des Freiheits. Die neuen Anhänger strömen uns nicht zu, weil unsere Abgeordneten für die Erbschaftsteuer stimmen, sondern wir sie gegen die indirekten Steuern gemindert haben.

Genosse Wähld: Man redet von prinzipiellen und von weltlichen Gründen. Wo bliebe denn aber das Prinzip gegenüber dem Antrag Raier. Dem Kapital gegenüber will man keine prinzipielle Politik treiben.

Genosse Walter: Wenn Löbe wegen des Schnapsboykotts Vorreden vom Parteitag nach Hause gebracht hat, dann ist es nur auch dafür ein Zeichen, daß nicht am Kopfe der Zeitung steht: Nieber mit dem Schnaps! und im Parlament die Schnapskammern weiter erscheinen. Diese Vorrede muß fort.

Genosse Schöllch: Schüller ist Reichstagskandidat für Neupost. Aus Neupost hat aber erst ein Artikel in der Zeitung gefanden, wonach die Genossen mit der Haltung der Fraktion nicht einverstanden sind. Und bei seiner Agitation hebt sich Schüller selbst auch herab, daß die Sozialdemokraten die Reichen deckten und die Armen schonen wollten.

Genosse Schüller: Ich erwidere auf die Ausführungen des Genossen Schöllch kurz folgendes. Das Temperament habe ich nicht diesmal einen hohen Grad erreicht. Wenn man mich eine Rede für die Erbschaftsteuer aus rein weltlichen Gründen ablehnt, so hat man mich bei der Gelegenheit gehabt. Er

...sonst, daß die Ausführungen Schöllchs auf nichts anderes hinausläufen, als die Taktil über das Prinzip zu stellen. Wenn Schöllch die Auffassung der Reichen Genossen in Gegensatz zu seiner (Schüllers) Auffassung bringen will, so könnte er daran nichts ändern. Es gebe aber zu bedenken, daß er ganz gerne auf eine Kandidatur verzichten würde, bei der man die Absicht verfolgte, den Reich zu erheben nur auf Grund irgend einer Wohlthat.

Genosse Diepelt: bleibt von seinem Platz aus schwer verständlich. Er vertritt in längeren Ausführungen die Auffassung, daß das Parteiplakat in Bezug auf unsere Stellung zur Religion geändert werden müsse, wenn es jetzt mit dem Statut nicht zu vereinbaren, sei, energisch für den Kirchenaustritt einzutreten.

Genosse Neumann: Es wäre etwas anders gewesen, wenn die 100 Mill. Erbschaftsteuer mit den 400 Mill. indirekten Steuern verknüpft auf einmal zur Abstimmung gestellt hätten. Dann hätten unsere Genossen dagegen stimmen müssen.

Genosse Schüller: Ich erwidere auf die Ausführungen des Genossen Schöllch, daß die Weibchen des Kampfes in jedem Lande andere seien und von einem ausländischen Genossen nicht immer begriffen werden könnten.

Genosse Köhn: Ich erwidere auf die Ausführungen des Genossen Schüller, daß die Weibchen des Kampfes in jedem Lande andere seien und von einem ausländischen Genossen nicht immer begriffen werden könnten.

Genosse Günther: Ich erwidere auf die Ausführungen des Genossen Köhn, daß die Weibchen des Kampfes in jedem Lande andere seien und von einem ausländischen Genossen nicht immer begriffen werden könnten.

Genosse Schüller: Ich erwidere auf die Ausführungen des Genossen Günther, daß die Weibchen des Kampfes in jedem Lande andere seien und von einem ausländischen Genossen nicht immer begriffen werden könnten.

Genosse Baumgart: Ich erwidere auf die Ausführungen des Genossen Schüller, daß die Weibchen des Kampfes in jedem Lande andere seien und von einem ausländischen Genossen nicht immer begriffen werden könnten.

Genosse Wähld: Ich erwidere auf die Ausführungen des Genossen Baumgart, daß die Weibchen des Kampfes in jedem Lande andere seien und von einem ausländischen Genossen nicht immer begriffen werden könnten.

Genosse Walter: Ich erwidere auf die Ausführungen des Genossen Wähld, daß die Weibchen des Kampfes in jedem Lande andere seien und von einem ausländischen Genossen nicht immer begriffen werden könnten.

Genosse Schöllch: Ich erwidere auf die Ausführungen des Genossen Walter, daß die Weibchen des Kampfes in jedem Lande andere seien und von einem ausländischen Genossen nicht immer begriffen werden könnten.

...mein und für eine schnelle Aufwärtsentwicklung und die Befreiung des Proletariats eine Fessel darstellten. Die deutsche Arbeiterbewegung werde und müsse die Mittel zur Durchführung des Beschlusses finden. (Die den Alkoholbeschluss begreifenden Vorlegungen wurden einstimmig — vor allem von den Genossen — mit lebhaftem Beifall aufgenommen.)

Genosse Köhn: Ich erwidere auf die Ausführungen des Genossen Schüller, daß die Weibchen des Kampfes in jedem Lande andere seien und von einem ausländischen Genossen nicht immer begriffen werden könnten.

Genosse Günther: Ich erwidere auf die Ausführungen des Genossen Köhn, daß die Weibchen des Kampfes in jedem Lande andere seien und von einem ausländischen Genossen nicht immer begriffen werden könnten.

Genosse Schüller: Ich erwidere auf die Ausführungen des Genossen Günther, daß die Weibchen des Kampfes in jedem Lande andere seien und von einem ausländischen Genossen nicht immer begriffen werden könnten.

Genosse Baumgart: Ich erwidere auf die Ausführungen des Genossen Schüller, daß die Weibchen des Kampfes in jedem Lande andere seien und von einem ausländischen Genossen nicht immer begriffen werden könnten.

Genosse Wähld: Ich erwidere auf die Ausführungen des Genossen Baumgart, daß die Weibchen des Kampfes in jedem Lande andere seien und von einem ausländischen Genossen nicht immer begriffen werden könnten.

Genosse Walter: Ich erwidere auf die Ausführungen des Genossen Wähld, daß die Weibchen des Kampfes in jedem Lande andere seien und von einem ausländischen Genossen nicht immer begriffen werden könnten.

Genosse Schöllch: Ich erwidere auf die Ausführungen des Genossen Walter, daß die Weibchen des Kampfes in jedem Lande andere seien und von einem ausländischen Genossen nicht immer begriffen werden könnten.

Genosse Köhn: Ich erwidere auf die Ausführungen des Genossen Schöllch, daß die Weibchen des Kampfes in jedem Lande andere seien und von einem ausländischen Genossen nicht immer begriffen werden könnten.

Genosse Günther: Ich erwidere auf die Ausführungen des Genossen Köhn, daß die Weibchen des Kampfes in jedem Lande andere seien und von einem ausländischen Genossen nicht immer begriffen werden könnten.

Genosse Schüller: Ich erwidere auf die Ausführungen des Genossen Günther, daß die Weibchen des Kampfes in jedem Lande andere seien und von einem ausländischen Genossen nicht immer begriffen werden könnten.

Genosse Baumgart: Ich erwidere auf die Ausführungen des Genossen Schüller, daß die Weibchen des Kampfes in jedem Lande andere seien und von einem ausländischen Genossen nicht immer begriffen werden könnten.

Genosse Wähld: Ich erwidere auf die Ausführungen des Genossen Baumgart, daß die Weibchen des Kampfes in jedem Lande andere seien und von einem ausländischen Genossen nicht immer begriffen werden könnten.

Genosse Walter: Ich erwidere auf die Ausführungen des Genossen Wähld, daß die Weibchen des Kampfes in jedem Lande andere seien und von einem ausländischen Genossen nicht immer begriffen werden könnten.

Metallarbeiterverband. Wir geben hiermit bekannt, daß das Bureau der hiesigen Verwaltungsstelle sich von Sonnabend, den 2. Oktober, ab in dem Grundstück Kleine Holzstraße Nr. 3, 1. Etage, befindet. Arbeitslosen- und Kranke-Meldungen werden bis auf weiteres im Zimmer Nr. 1 des Gewerkschaftshauses entgegengenommen, da die Räume Kleine Holzstraße hiesiger Veränderungen wegen noch nicht in ihrem ganzen Umfange für den öffentlichen Verkehr geöffnet werden können. Die Auszahlung der Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung erfolgt gleichfalls im Gewerkschaftshaus und, wie bekannt, nur Freitags und Sonnabends in der Zeit von 9-10 Uhr früh, 12-1 Uhr Mittags und 6-7 Uhr Abends. Die Bibliothek bleibt ebenfalls von Sonnabend ab auf einige Tage geschlossen.

Die Ortsverwaltung.

Die Nachsteuer auf Effigläure. Die Nordb. Allg. Stg. schreibt: Nach der Vorschrift in § 4 Absatz 5 der Effigläure-Nachsteuerordnung sind Gewerbetreibende, sowie Konsumenten, Kaffee-, Zucker- und ähnliche Verzehrgüter, die zu Genussmitteln geeignete Effigläure am 1. Oktober in Besitz oder Gewahrsam haben, verpflichtet, ihre sämtlichen Bestände, also auch Mengen von nicht mehr als 10 Kilogramm wasserfreie Effigläure der zuständigen Steuerbehörde anzumelden. Die Vorschriften könnten bei den Beteiligten die Befürchtung erwecken, als sollten auch die Mengen von nicht mehr als 10 Kilogramm zur Nachsteuer herangezogen werden. Solche Befürchtung ist unbegründet. Die am 1. Oktober im Besitz von Gewerbetreibenden und Haushaltungen vorhandenen bestmögliche Effigläure in Mengen von nicht mehr als 10 Kilogramm wasserfreie Effigläure, ist nach § 1 der Nachsteuerordnung von der Nachsteuer befreit. Mengen von 10 Kilogramm wasserfreie Effigläure bleiben in diesem Falle auch dann nachsteuerfrei, wenn größere Vorräte vorhanden sind.

Ueber eine Angelegenheit vor Gericht weiß die „Vreslauer Zeitung“ folgendes zu berichten: „Als heute Donnerstag vor dem Schöffengericht gegen eine wegen Konzessionsüberschreitung an ein Kaffeehaus verhandelt wurde, machte sich im Aufhauerraum ein Mann bemerklich, der sein Aufstellen an der Leitung der Verhandlung durch Kopfschütteln und höhnisches Nicken zu erkennen gab. Die Anklage eines als Pöbel auftretenden Gewissensmenschen bezeichnete er sich halb laut als gebührend. Als dann noch ein Hühnerzoo und eine Frau vorkamen, wurden die einander in ihren Aussagen diametral widersprechend, und als der Vorsitzende ihnen ins Gewissen redete, weil offenbar eins von ihnen sich des Meineids schuldig machte, da brach der unbegründete Kritiker in die Worte aus: „Da steht man vor der Voreingenommenheit des Richters! Nun liesh die Vorlesende den Eid vorlesen und stellte ihn wegen seines unehrenhaften Benehmens zur Rede. Der Mann gab auf Befragen an, er sei der Steinbrücker Paul Margalle und habe die Sitzung besucht, um für die „Vollmacht“ Berichte zu schreiben. Darauf bemerkte der Vorsitzende, er nehme zur Eide der „Vollmacht“ an, daß sie für einen solchen Berichtestatter danken werde. Dann wurde Margalle wegen Ungehörigkeit vor Gericht zu einer zweiwöchigen Haftstrafe abgeurteilt. Ueberdem kündigte der Vorsitzende ihm an, daß gegen ihn Strafantrag werde gestellt werden.“

Ob Margalle durch sein Benehmen Anlaß zu der Strafe gab und was ihn dazu veranlaßte, wissen wir nicht. Wir wollen deshalb nur feststellen, daß er für die „Vollmacht“ noch als Gerichtsberechtigter angesehen hat, dann auch seinen Auftrag hatte und es auch völlig unbekannt war, daß er sich mit der Absicht trug, uns einen Bericht zu schreiben. Wir haben einen anderen, auch den Gerichten bekannten Berichtestatter.

Massendiebstähle in einem hiesigen Warenhaus. Wieder einmal ist es gelungen, großen Diebereien in einem hiesigen Warenhaus, die von den eigenen Angestellten ausgeführt worden sind, auf die Spur gekommen. Es gelang, die Täter zu erlangen, und Hausdurchsuchungen förderten ganze Stapel von Warenutage. Verkäufer und Lagerhalter hatten Waren, die ihnen anvertraut waren, u. a. etwa 50 Paar Schuhe nach und nach entwendet und diese Waren allmählich an den Mann zu bringen gesucht. Die Betroffenen sind von der Kriminalpolizei in Haft genommen worden.

Aus Schlessien und Posen.

Eine neue „Begründung“ eines Versammlungsverbots.

Die Versammlungsverbote reißen nicht ab, die Erfindungsgabe schlesischer Amtsdirektoren, die Absehnungen zu „begründen“, zeigt immer neue Erfolge. Den Amtsdirektoren von Wolsdorf, Wolsdorf, Neudorf O. S. ist ein neuer Gedanke in der Person des Amtsdirektors zu Buchwalde i. R., Baron v. Kottenthan, entstanden. Ueber die neueste Begründung eines Versammlungsverbots schreibt man uns folgendes aus Dux i. R.: Auf dem Grundstück des Gastwirts Schmidt sollte am 26. September eine Versammlung unter freiem

Simmel stattfinden, in welcher über den Volksbeirat im Reichstagsgebäude werden sollte. Auf die vorbestimmte Anmeldeung erhielt der Einberufer folgenden amtlichen Befehl:

Eine Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel am Gasthof zur Grundmühle kann ich nicht erteilen. Als Grenzschutzbar des verbesserten Grundstücks erhebe ich Einspruch gegen die Abhaltung der Versammlung dort, und habe Ihr Schreiben zur weiteren Entscheidung dem Königl. Landrat überfandt, da ich in der Sache befangen bin.

Der Amtsdirektor v. Kottenthan.

Gegen diesen Befehl legte der Einberufer sofort Beschwerde beim Landrat ein, der aber den Beschwerdeführer an den Amtsdirektor zu Erdmannsdorf, als den zunächst zuständigen für den befangenen Amtsdirektor verwies. Dieser war nicht befangen, begründete aber die Ablehnung wie folgt:

Die für Sonntag den 26. 9. Mts. auf dem Grundmühligen Grundstück in Dux i. R. (Grundmühle) angemeldete öffentliche Versammlung kann nicht genehmigt werden und zwar aus folgenden Gründen:

Der Platz, wo die Versammlung stattfinden soll, liegt nicht an der öffentlichen Hauptstraße, so daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet ist. Ferner ist der Versammlungsplatz so klein, daß bei dem zu erwartenden großen Zulauf eine Beschädigung des Nachbargrundstücks, Herrn Baron v. Kottenthan (dem „befangenen“ Amtsdirektor) gefährlich, von den Versammlungsteilnehmern nicht verhindert werden kann.

Aus den angeführten Gründen ist gemäß des Vereins-Befehles die Versagung der Genehmigung gerechtfertigt.

Ob diese „Gründe“ maßgebend für ein Versammlungsverbot sind, wird die Zukunft lehren, denn hier liegen die Verhältnisse ebenso, wie in Wolsdorf i. R. Kreis Goldberg-Regau. Das für die Versammlung in Aussicht genommene Grundstück liegt nicht zu nahe an der Hauptstraße, sondern ist von hieser durch einen Garten und eine Scheune getrennt, ferner verfügt dasselbe über einen Flächeninhalt von mehr als 3000 Quadratmeter. Wenn aber auf dem Quadratmeter nur zwei Personen Platz haben, dann können 6000 Versammlungsteilnehmer erscheinen. Und das so viel Leute kommen würden, wird wohl selbst vom Amtsdirektor von Erdmannsdorf nicht angenommen werden können. Also eine Gefahr für das Grundstück seines befangenen Kollegen v. Kottenthan war nicht zu befürchten und ebensowenig eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung.

Das sind ja wieder wahrhaft glänzende Perspektiven auf die „liberalen“ Auslegung des Vereins- und Versammlungsrechts. Wenn jeder Amtsdirektor, jeder Polizist und schließlich jeder Gegner als Grenzschutzbar gegen eine Versammlung unter freiem Himmel Einspruch erheben kann, wenn jedes auch noch so große Grundstück als zu klein angesehen wird, wenn überall eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung befürchtet wird, so was haben wir dann noch ein Versammlungsrecht? Fast hat es den Anschein, als ob nicht gesetzliche Gründe, sondern Spottreden seien, um die Versammlungen und damit die Ausfüllung des Volkes illusorisch zu machen.

Wenn die fortschreitenden Uebergriffe gegen das Vereinsrecht von unseren Genossen im Reichstage zur Sprache kommen werden, dann werden die schließlichen Amtsdirektoren Epistulen laufen müssen.

Guhrau, 30. September. An die Arbeiter! Die neueste Steuerpolitik der Junker und Schnapsbrenner hat auch hierorts unter einem gewissen Teile der Bevölkerung eine dortige Erregung hervorgerufen, von deren Umfang sich der Vertreter des hiesigen Kreises im Reichstage, Graf Cramer, gewiß keine Vorstellung machen kann. Daß derselbe gar zum Volke herabsteigen und seinen Wählern über seine Tätigkeit Bericht erstatten würde, davon hört kein Mensch etwas. „Tätigkeit“ dürfte denn wohl auch mit den Forderungen des Volkes so wenig im Einklang stehen, daß der Herr Graf, um beliebig einem Dr. Heilicher seinen Reinsfall zu entgehen, aus begründeten Gründen dem Landgericht der — nicht seiner — Wähler ein begabtes Schildeben vorlegen dürfte. Um aber den Wählern Gelegenheit zu geben, darüber doch etwas zu erfahren, besonders aber über die Wirkungen der neuen Steuerpolitik für die Arbeiterklasse ausgeklärt zu werden, findet am Sonntag, den 3. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, auf dem Grundstück Mühlstraße 170 die bereits geplante öffentliche Volksversammlung statt. In ihrer Angst vor der Versammlung hatte kein Saalbesitzer sich getraut, sein Lokal herzugeben. Deshalb am Sonntag die Versammlung unter freiem Himmel, wo Sekretär Scholl-Schlesau das Steuer- und Regierungsgeschehen in Deutschland einer eingehenden Beleuchtung unterziehen wird. Wir erwarten, daß die Arbeiterklasse — aber auch die Mittelständler werden auf ihre Rechnung kommen — zahlreich zur Stelle ist.

Bunzlau, 30. September. Stadtverordneten-Versammlung. Die öffentlichen Verhandlungen der letzten Sitzung waren nur von kurzer Dauer. Dem Antrag des Magistrats,

von einer Ausnahme der Aussetzung des Wertes gegen den Mißbrauch geistiger Getränke abzusehen, wird zugestimmt, da die Kosten hierfür sich auf 700 bis 800 Mark stellen würden. Dann unterhielt man sich noch über die Aufgaben der Bezirksvorsitzer und hierauf legte man hinter verschlossenen Türen. Es handelte sich um neue Projekte für die katholische Volkshilfe und höhere Mädchenhilfe. Die alten, über denen bis jetzt eine Kluft geherrscht hat, sollen über Bord geworfen werden. Adressat! In der Hauptfrage aber handelte es sich um die Verpackung von „Schönbrunn“. Es sollte ja nichts herauskommen, damit die böse „Vollmacht“ nichts erfährt, die in allen Bunzlauer Kommunalangelegenheiten herumkriechte. Der „Adlig von Bunzlau“ war so lebenswichtig, den letzten Artikel der „Vollmacht“, der sich mit „Schönbrunn“ beschäftigte, den Stadtdirektoren vorzulegen, und sein sozialpolitisches Herz bedie vor Wut, daß wir uns erlaubt hatten, „Schönbrunn“ eine „Tüte“ zu nennen. (Daß Herr Hoffmann selber auf demselben Standpunkt stand, hat er augenscheinlich vergessen. D. H.) Dann sprach er von Evidenzen, Schmucksteinen und was der lebenswichtigen Seiten mehr waren, und ein noch neugeborener Stadtvater schwebte ihm, indem er vor sich hinredete: „Frecher Setzungs-schreiber!“ Solchen Mut legen sich die Herrschaften nur bei, wenn sie unter sich allein sind, fassen Sozialdemokraten „oben“, hätten sie sich schon gebüht! Es muß mit beweissträchtigen Argumenten sehr schlecht stehen, wenn man im Schimpfen nur die Richtung sieht. Also „Schönbrunn“ ist verpackt, und zwar für 1950 Mark. Da der Stadt bis jetzt inklusive Kaufpreises, früherer Unkosten, Pachtausfall und der bis jetzt erfolgten Neubewilligungen (erst in dieser Sitzung wurden wieder 2500 Mark bewilligt. D. H.) das Grundstück über 50.000 Mark kostet, so bringt die Pachtsumme noch nicht einmal drei Prozent! Dabei ist der Zinsverlust, den die Stadt seit Anlauf von „Schönbrunn“ erlitten, noch nicht mitgerechnet. Das ist ein Geschäft, das bringt der Stadt was ein. Und da kann man noch von Glück sagen, daß der neue Pächter das alte Eisbaud in den Kauf nimmt, beim neuen, wie projektiert war, an dessen Stelle ein Werkbrot und Puffervorrichtung gebaut werden würde, so würden noch weitere 8-10.000 Mark verpulvert worden sein. Das alles sollen wahrscheinlich die Steuerzahler nicht erfahren, deshalb verhandelt man in „geheimer“ Sitzung. Gewiß, die Stadt muß noch aufleben sein, daß sich ein Pächter gefunden, der so viel zahlt, denn wo anders bekommt man solche „Lilien“ zum halben Preise; man möge dann aber nicht frisch, fromm, frei behaupten, daß „Schönbrunn“ sich gut befinde. Und wenn die „Vollmacht“ derartige Fittanzmittelstücken festsetzt, dann ist große Empörung in den oberen Regionen, denn daß wir die Wahrheit sagen, ist den Herren unangenehm. Nun, uns soll eine solche Entstellung wenig kümmern. Wir möchten einmal die Herren, die jetzt jede Kritik als eine Herabsetzung Bunzlauer betrachten, sehen, was sie sagen würden, wenn hier eine sozialdemokratische Verwaltung bestände, die solche — na, sagen wir Experimente, machte.

Wien, 30. September. Allzu kritisch! In der Reichsstrasse hieselbst befindet sich seit kurzer Zeit eine unter dem Protektorat von Damen der „besseren“ Gesellschaft stehende Kleinlinderbewohnersitz. In dieser wird neben einer Schwester, welche die Aufsicht und Bewachung der Kinder abträgt, noch eine verwitwete Frau, die außer für sich noch für ihre Kinder den Lebensunterhalt erwerben muß, beschäftigt. Diese Witwe, welche, da sie früher in einer Metallwarenfabrik beschäftigt war, im Deutschen Metallarbeiter-Verbande organisiert ist, hat neben Besorgung der Küche noch die gesamte übrige Hausarbeit zu erfüllen. Daß es hierbei an Arbeit nicht mangelt, ist klar. Sie erhält hierfür außer freier Wohnung einen monatlichen Lohn von 12.50 Mark und freie Verpflegung. Hierbei war pro Tag 1 Mark angenommen worden. Nach kaum zweimonatlicher Beschäftigung kam der „hohe“ Protektorin der Anstalt, einer verwitweten Frau „von“, der Gedanke, daß man bei den Unterhaltungskosten der Anstalt unbedingt sparen müsse. Als gelegentliches Mittel hierzu erschien ihr unsere in der Küche beschäftigte Genossin, denn 1 Mark Verpflegungskosten für eine Frau, die den ganzen Tag angestrengt arbeiten muß, das ist zu viel! Nicht genug, daß man an Stelle der trockenen Frühstücksbrotchen mit Brot zufrieden war, nein, unsere Genossin erhielt ihre Stellung gekündigt. „Ihr Lebensunterhalt läme der Anstalt zu teuer“, man werde an ihre Stelle ein Dienstmädchen einstellen! — Wir wissen nicht, ob die Frau Protektorin inzwischen schon ein Dienstmädchen gefunden, das ihre Prüfling als Hungerkünstlerin bestanden hat; wir wissen auch nicht, ob die oblige Protektorin schon einmal den Versuch unternommen hat, ihre blaublauen leiblichen Bedienten — trotz ihrem Missetun — mit 1 Mark pro Tag zu befriedigen! Wir bezweifeln, daß in unserer Zeit der enormen Lebensmittelpreuerhöhung, des Lebensmittelmangels, der Betrag von 1 Mark ausreicht, um das erste und zweite Frühstück der Dame bezahlen zu können. In ihrem Kreise muß man sich ja bekanntlich noch mit 10.000 Mark Jahresentlohnung sehr einschränken! Aber für eine in harter Fron bestmögliche Arbeiterin ist 1 Mark zu viel! Man muß deshalb eine Witwe Brotlos machen und sich „parasitar“ Leute suchen! — Auch die Schwester zog es vor, diese Stelle zu verlassen und hat ihre Kündigung eingereicht! — Das ist christliche Denkungsart und die christliche Moral der heutigen Gesellschaft!

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und kostbaren Blumenspenden, welche mir beim unerwarteten Hinscheiden meines innigstgeliebten Gatten, Vaters, Bruders und Onkels, des Brauers 4587
Karl Krouchler
zuteil geworden sind, herzlichen Dank. Dank auch dem Chel, den Beamten, Kollegen und sämtlichem Personal der Firma Hopf & Görcke, sowie allen Verwandten und Bekannten von nah und fern.
Die trauernde Gattin
Emilie Krouchler.

Konsum-Verein für Girsberg u. Umgegend.
Sonntag, den 10. Oktober 1909, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zum Kronprinz:
General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
2. Berichterstattung des Revisionsberichts.
3. Genehmigung der Bilanz, Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinns und Entlohnung des Vorstandes.
4. Wahl des Aufsichtsrats.
5. Antrag auf Schlichterhöhung des Geschäftskaufpreises und Kassierers.
6. Bestimmung der Tagungsorte der Generalversammlungen.
7. Anträge und Beschlüsse.
Anträge zur Generalversammlung müssen nach § 35 des Statuts rechtzeitig eingereicht werden.
Der Aufsichtsrat
des Konsum-Vereins für Girsberg und Umgegend,
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Wilhelm Menzel, Vorsitzender.
Wir bitten die Legitimationskarte mitzubringen.

„In freien Stunden“.
Illustrierte Roman-Bibliothek, Best 10 Pfennig.
Durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.

Wählung! Dachdecker! Wählung!
Sonntag, den 3. Oktober 1909, vormittags 10 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, Zimmer 3
öffentliche Versammlung
aller Dachdecker und Hilfsarbeiter.
Tagesordnung:
1. „Die wirtschaftliche Lage und unsere Organisationsverhältnisse“. Referent: Gauheiter Köppner, Berlin. 4564
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Stellungnahme zur Mitbestimmung.
4. Beschlüsse.
Kollegen! Macht alle Dachdecker und Berufsgenossen auf diese Versammlung aufmerksam und agitiert für recht guten Besuch derselben.
Der Einberufer: **A. Feranz, Schulgasse 10.**

Bestes Roggenbrot, schwachste Wassersemmel
und anerkannt vorzügliche **Neuware** empfehlen
Ziegen & Schäfer, Bäckerei
Lischpinerstraße 8. 4563

Achtung! Die werten Genossen und Gewerkschaftler des Kilottorens erlaube ich mir, auf mein **Rasur- und Friseur-Geschäft** in der Margaretenstraße Nr. 78 aufmerksam zu machen. Saubere und schnelle Bedienung zugesichert.
Hochachtungsvoll
HERMANN NECK, Schlosser, Reichen-Strasse 76

Zu billigsten Preisen
kauft man das eleganteste und haltbarste
Schuhwerk
sowie die denkbar größte Auswahl in Lederwaren, Hüte, Gamaschen und
Sohlenstücken zu streng realen Preisen nur bei
Robert Kretschmer, Schuhmacherm., Friedrich-Wilhelmstr. 52.

Haus- u. Küchengeräte sowie kompl. Einrichtungen,
Werkzeuge für Maurer, Zimmerer und Tischler:
kaufen Sie reell und billig bei 4177
Paul Hauschild jr.,
Eisenwarenhandlung,
Nr. 102, Friedrich-Wilhelmstrasse Nr. 102.

Nur für Volkswacht-Abonnenten!
Herren-Hüte
weich von 1.45 an,
steif von 1.95 an.
Herren-Hützen von 35 Pf. an.
Knaben-Hützen von 30 Pf. an.
4561
Gratis! Zu jedem Einkauf ein Geschenk. **Gratis!**
Hutfabrik-Niederlage H. Schönfeld
Schmiedebücke 17/18 — Adalbertstr. 6.

„Der wahre Jakob“.
Sozialdemokratisches Wählblatt.
Durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.
Ruba-Seife garantiert reine
Kornseife,
1 Pfund-Paket 35 Pf.
Überall erhältlich.
Fabrikant
Rudolf Balthor, Breslau.

Ziehung nächsten Montag
und folgende Tage. Ich empfehle:
Berliner Lose à 1 Mk.
6 Lose für 5 Mk.
12 " " 10 " "
Porto u. Liste 30 Pfg. extra. 30000 Gewinne f. W. v. 100000 Mk.
Wer eine Serie von 10 Losen kauft, muss einen Gewinn erhalten.
B. Klement, Breslau I, Ring 22,
geradeüber vom Schweltditzer Keller.
Spezial-Lotterie-, Bank-Geschäft u. Milzhandlung.

Rekruten

Büsten, Knopfgabeln, Klopfspeichen, Spiegel,
Kämme, Putzzeug vorschrittswäßig u. bekannt billig
bei **London & Co., Oderstr. 5, 2. Stiel**
v. Ringe.

Original-Phönix-
Nähmaschinen
für Gewerbe u. Hausbedarf sind die
bester der Gegenwart, zum Kunst-
nähen besonders geeignet. — Außer-
dem empfehlen wir alle anderen
Systeme, auch in Spezialmaschinen.
Jul. Dressler & Co.
Breslau, Ring 6.
Größte Reparatur-Werkstatt für alle Systeme.

Zur jetzigen Saison empfehle ich mein großes Lager von
Schuhen
in
Herren-, Damen- und Kinderstiefeln
zu staunend billigen Preisen.
Martha Christmann, Geschäftsführerin
Augusta Koch.
36 Scheitnigerstraße 36
Bitte genau auf Firma zu achten.

Großer Konturwarenverkauf
mit Verkauf anderer Waren.
Im nächsten zu räumen offeriere ich:
ein Tausend Herren-Köpfe, moderner Schnitt und sauber Ausführung
8, 9, 11, 13, 15, 17, 50 Pfg.
ein Tausend Herren-Hosen
2,50, 3,00, 3,50, 4,50 Pfg.
ein Tausend Herren-Jackets mit warmem Futter
4,50, 5,50, 6,00, 7,50 Pfg.
ein Tausend Herren-Winter-Paletots
10, 12, 13, 15, 18 Pfg.
ein Tausend Herren-Regenmäntel
5,50 Pfg.
ein Tausend Herren-Kragen
2,50 Pfg.
ein Tausend Herren-Handschuhe
1 Pfg.
Nur Bohrauerstr. 9, Endstraße.
Die Sonderabteilung ist täglich zu besichtigen.

Herbst- und Winter-Neuheiten

Paletots, Jacketts, Kostüme,
Kragen, Frauenmäntel, Kostüm-Röcke und
Kinder-Konfektion.
Alles in reichster Auswahl zu bekannt
billigsten Preisen.
Leopold Bermann
Damen-Mäntel-Fabrik.
Reuschestr. 55, part., I. u. II. Etage.

Hullinger-Mützenfabrik für Herren u. Knaben
zu gang besonders billigen Preisen nur bei **F. Paul**,
neueste Fassons,
Friedrich-Wilhelmstr. 9
am Wachtplatz.

putze nur mit
Globus
Putzextrakt
Fritz Schulz im A.G.L.
besten Metallputz der Welt.
Jährt über 60 Millionen Dosen.

Frauen- und Mädchen-Kleidung
Spezialität: Kostüme und Mäntel nach Maß ohne Preisermäßigung.
Lager selbstgefertigter Hüte, Röcke, Kinderkleidung, Jacken, Schürzen
Unterwäsche, Handschuhe, sowie alle Art. Stoffe, Bandstoffe, Gürtel, Strümpfe etc.
empfehle in besten Qualitäten.
V. Liepelt, Blücherstraße 21, am Waterlooplatz.

Wichtig für Brautleute!
Möbel, ganze Ausstattungen,
sowie einzelne Stücke: Spiegel, Polstermöbel, Re-
quillateure, Freischwinger, Uhren, Teppiche, bis
Druck, Bilder, Wäsche etc. kaufen reelle Leute preis-
wert auf Abzahlung zu künftigen Verbindungen.
Der Kaufe allerbilligst.
Gebr. Buchmann,
Fischergasse 2, am Wachtplatz.

Sieben erschienen!
Die Brandschatzung des
Volkes durch Indirekte Steuern
in Deutschland.
Von J. Karski.
— Preis 50 Pfg. —
Buchhandlung „Volkswacht“.

Ersteinmal wöchentlich		Bezugsquellen-Verzeichnis der „Volkswacht“ für das niederschlesische Industriegebiet.		Ersteinmal wöchentlich	
Central-Automat, Waldenburg.	Eisen- u. Stahlwaren	Konfektionshaus „Werk“	Kolonialwaren	Musik-Instrumente	Uhren und Goldwaren
Abzahlungs-Geschäfte	Fahrräder, Nähmaschinen	Milch, G.A. Hirschberg.	Meier, Kurt, Girschberg, Rangstr. 19	Papier- und Schreibwaren	Photographische Ateliers
Bäckereien und Konditoreien	Fleischereien	Silbermann, Al.	Hüte, Wäse u. Pelzwaren	Schuhwaren und Schuhmacher	Pa z. Wäsche und Wollwaren
Bier-Brauereien	Gewächts-Waren	Wäsche, Hermann, I. G.H.	Maasfabrik- und Modewaren	Zigarrenhandlungen	
Damen-Konfektion	Haar-Garderobe		Möbel-Magazine		
Drogen und Farben					

Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik.

Wien, 27. September.

Die Debatte über Gemeindefacharbeiterverhältnisse und Bureaukratie geht weiter:

Erzählung von Thiel (Berlin):

Die Rede beweist, wie man vom Sozialismus zum Individualismus und schließlich zum Anarchismus kommen kann. (Sehr richtig!) Gewiss, die Bureaukratie ist auch nicht vollkommen. Trotzdem sind die monopolartigen Betriebe ein Vorteil gegenüber den Privatbetrieben.

Sorgen Sie für ein ordentliches Wahlrecht zu den Landtagen und zu den Stadtverordnetenversammlungen

und dann haben wir die Garantien, um der Bureaukratie entgegenzutreten. (Lebhafter Beifall.) Da brauchen wir solche utopische Einrichtungen wie Anstellungsgämter nicht. (Sehr richtig!) Die Stadt Berlin ist einer der größten Grundbesitzer.

Kommunalisierung der Apotheken

rechnen. Ich sehe die Lösung der Apothekenfrage darin, daß wir die Apotheken verstaatlichen und die städtischen Beamten verwalten lassen. (Sehr richtig!) Das würde die Sache sehr vereinfachen und der Bevölkerung billige und gute Präparate bieten.

Der Streit ist eine durchaus unsoziale Waffe.

Er paßt gar nicht in meine sozialen Anschauungen hinein. Der Streit ist ein aller mannlicherer Gesichtspunkt. Der Streit ist eine Vorkampfbewegung der Volkswirtschaft, die es nicht zuzulassen erlaubt hat, an die Stelle der ultimo ratio des Krieges etwas Neues zu setzen.

Geheimrat Adolf Wagner (Berlin)

(mit lebhaftem Beifall empfangen): Daß in Deutschland die Temperamente noch nicht ausgeglichen sind, ist uns durch die heutige Rede Professor Webers gezeigt worden.

Aus aller Welt.

Der preussische Lustigendarm. Die alldeutsche-nationale „Tägliche Rundschau“, ein Blatt also, das über den Verdacht erhaben ist, den preussischen Staat durch boshafte Erfindungen lächerlich machen zu wollen, berichtet vom letzten Tag der Berliner Flugwoche:

Stürmische Heiterkeit erweckte bei den Zuschauern ein Zwischenfall. Latham hatte kurz vor seiner Landung versehenlich einen Laternenpfeil angefahren. Als er gelandet war, trat ein Gendarm auf ihn zu und wollte seine Sistierung vornehmen, da L. sich einer Sachbescheidungigung schuldig gemacht hatte!

Unbegreiflich und unglücklich ist an dieser Meldung gar nichts. Ein preussischer Gendarm ist natürlich auch für die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Luft verantwortlich. Fastiert es nun, daß öffentliches Gut durch tribale Luftperkamente in Gefahr gerät, so ist er zum Einschreiten unbedingt verpflichtet.

Eine Ehrung in Griechenland. Die Stadtverwaltung von Athen beabsichtigt, wie man von dort meldet, eine grandiose Feier des Tages zu veranstalten, an welchem Lord Byron, der englische Dichter, vor hundert Jahren zum ersten Male den Boden Griechenlands betrat.

Einfluß der modernen Technik eine Entlohnung zu öffentlichen Betrieben gesehen, die nur Erlaunen hervorgerufen kann. Die Hauptfrage ist nun die, ob die Mängel bei den kommunalen Betrieben größer sind oder bei den privatrechtlichen Unternehmungen. Und da glaube ich, und daran halte ich auch fest, daß die Vorzüge bei den kommunalen Betrieben größer sind.

Da muß viel mehr geschehen. Gewiss, an großen Privatunternehmungen kritisiert die Presse, aber sind die großen Privatunternehmungen von dieser Kritik abhängig? Kommunal- und Staatsbetriebe aber sind dieser Kritik mehr ausgesetzt.

und auch ein Lehrer wird einmal wegen politischer Gesichtspunkte zur Disposition gestellt. Aber das wird beseitigt werden können durch eine bessere Kontrolle der Defizitfähigkeit.

ein Tabakmonopol in Deutschland

zinzuführen, war gerade maßgebend, daß die Erträge der großen modernen Erwerbsunternehmungen mit steigendem Gewinn nicht in Reichthümer fallen, daß die Früchte nicht bloß den höheren Klassen zugute kommen, sondern daß sie Mittel bieten sollten, um die Interessen der Gesamtheit zu fördern.

Lord Byron's lebensschicksalliche Teilnahme an der Sache des unterdrückten Griechenvolkes gewann ihr in der ganzen zivilisierten Welt Sympathien und die heutigen Bewohner Griechenlands haben daher in der Tat alle Ursache, sich des großen Weiten in Dankbarkeit zu erinnern. Die Feier soll einen durchaus künstlerischen Charakter tragen.

Die Verfahren einer Sechszehnjährigen. In einer der jüngsten Mächte fanden in Berlin die Verfahren eines 16jährigen Mädchens, das anscheinend erst von einem Spreeschiffer und dann von einem Berliner Raubendbesitzer verschleppt wurde, durch eine romantische Fiktion ihren Abschluß.

Die Verfahren einer Sechszehnjährigen. In einer der jüngsten Mächte fanden in Berlin die Verfahren eines 16jährigen Mädchens, das anscheinend erst von einem Spreeschiffer und dann von einem Berliner Raubendbesitzer verschleppt wurde, durch eine romantische Fiktion ihren Abschluß.

Die Verfahren einer Sechszehnjährigen. In einer der jüngsten Mächte fanden in Berlin die Verfahren eines 16jährigen Mädchens, das anscheinend erst von einem Spreeschiffer und dann von einem Berliner Raubendbesitzer verschleppt wurde, durch eine romantische Fiktion ihren Abschluß.

der Gesamtheit der Bevölkerung zugute kommen. Das können wir nur durch staatliche und kommunale Betriebe. Wenn Prof. Weber sagte, dadurch ziehen wir einen neuen Bureaukratismus groß, dann frage ich, wie soll die Sache denn sonst gemacht werden? Sie ist nur möglich durch den Bureaukratismus oder gar nicht.

Nicht die Hohenzollern, nicht die Habsburger allein haben ihren Staat geschaffen, sondern sie haben es getan mit dem tüchtigen bureaukratischen Apparat, den auszubilden ihnen gelungen war. (Lebhafter Beifall.) Unter schwierigen Verhältnissen ist er geschaffen worden, einmal durch das Meer und dann durch den hier so schwer angegriffenen Zivilapparat, der unter Führung tüchtiger Männer Hervorragendes geleistet hat.

abgesehen von immer sehr rasche waren. (Heiterkeit.) Man hat uns ein paar Straßensprossuren auf die Nase gesetzt, das war aber auch das ganze. Gehen Sie aber nach Amerika, wenn Sie da gegen die Kräfte streben oder sprechen, dann sind Sie fertig! (Sehr richtig!) Die moderne Entwicklung ist notwendig, und sie hat sich bewährt.

In vorgerückter Stunde wurden sodann die weiteren Verhandlungen auf Mittwoch vertagt.

Wien, 29. September 1909.

Auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik sprach in der fortgesetzten Debatte

Rebakteur Dittmer-Berlin

von der Gewerkschaft im Sinne der Ausführungen seines Kollegen Mohs, daß die Kommunen als Arbeitgeber die Arbeiter schlechter entlohnten und rechtloser behandelten als die Arbeiter der Staatsindustrie.

Landeshauptmann Nostitz-Dresden:

Bisher ist in der Debatte nur von den großen Städten die Rede gewesen. Dagegen wäre sehr interessant gewesen, wenn man auch die Interessen der kleinen Landgemeinden berücksichtigt hätte, die nach mancherlei Richtung hin gerade auf diesem Gebiete interessante Gesichtspunkte bieten. (Beifall.)

Professor Mag Weber-Heidelberg:

Was Geheimrat Wagner sagte, habe ich nur mit Stauern gehört. Er sagte, die Überschüsse aus den Staatsbetrieben kämen den unermittelten Klassen zugute. Ich nahm bisher an, daß sie aus den Taschen der unermittelten Klassen heraus in die Taschen der Reichen fließen würden.

heit, die Flucht zu ergreifen. Der Arbeiter war eingeschlossen und hatte gegen seine sonstige Gewohnheit die Tür der Laube nicht verschlossen. Mit Anbahnung seiner letzten Kräfte schloß sich das Mädchen davon und kam in die Nähe eines Krankenhauses.

Raubmord auf der Insel Rügen. Die Kunde von einem schweren Verbrechen kommt von der Insel Rügen. Auf dem Wege zwischen Samsitz und Strubenhamer nahe der Victoria-Sicht wurde am Mittwoch Mittag ein Ehepaar erschossen aufgefunden. Allem Anschein nach liegt ein Raubmord vor, da sämtliche Wertgegenstände fehlten.

Donnerstag Mittag traf aus Bergen eine Gerichts-Kommission an der Nordsee ein und nahm ein Protokoll über den Befund auf. Nach der behördlichen Befragung wurde den beiden Leichen nach dem eine Viertelstunde entfernten Hotel Stubbenkammer geschickt. Es ist festgestellt worden, daß die Getöteten die zwei Schwere und einen Leichten waren.

Von anderer Seite wird aus Stubbenkammer noch telegraphiert: Die Leiche des Pastors Vermeiren wird im Saalwägen auf die Kollege von Bergen, die die Untersuchung führt, fällt auch die Annahme nicht für ausgeschlossen, daß die Frau zuerst den Mann und dann sich erschossen hat.

Ich vorbringen hat er sich gebildet. Der Bureaucratismus ist eine Krankheit, und die Frage, die wir hier aufzuwerfen müssen, ist die: Wie entrichten wir dieser Krankheit, um den Menschen zu befreien von dem Teufelschium, von dem Goldmenschen, das diese Maschine unaussprechlich zur Folie haben muß? Professor Wagner sagte, die Staats- und Kommunalbetriebe würden auch auf den Geist des Staats und der Gemeinden insoweit günstig einwirken, als sie Staat und Gemeinde mit sozialpolitischen Gesetzen erfüllen würden. Ich bin gerade entgegengesetzter Meinung. Wenn wir mehr kommunale und Staatsbetriebe schaffen, dann erfüllen wir die Forderung mit dem Arbeitgebergedanken. Die Angestellten des Staats und der Gemeinden werden dann pöpstlicher sein als der Papst, die Vorarbeiter und Vorgesetzten werden keine soziale Schamung haben, sondern sie werden dann erst recht die Arbeitgebergewalt herausheben. (Sehr richtig!) Ich erinere nur an die fiskalischen Kohlengruben des Saarbezirks. Dort herrschen die tollsten Zustände, viel tollere Zustände als in den Privatkohlengruben. (Widerpruch und Zustimmung. Prof. Wagner hat die Vorgänge des deutschen Kommunismus gepriesen. Nun.)

Wer ist denn in der Welt vorwärts gekommen, Deutschland mit seinem moralisch so hoch stehenden Beamtentum oder die demokratischen Länder mit ihren korrupten Beamten? Ich meine, die demokratischen Länder mit diesen beherrschten Beamten haben mehr geleistet als wir mit unserer vollen Moralität. Ich kann deshalb vorderhand an die Unüberwindlichkeit des deutschen Beamtentums noch nicht glauben. (Lebh. Beif.)

Gemeinderat Neumann-Wien:
Der Sozialdemokrat hat von jeder für Verstaatlichung und Verschiedlichung eingetreten. Aber auch die Verstaatlichung, die die Demokratisierung der gesamten öffentlichen Einrichtungen. Wir müssen die öffentlichen Betriebe kontrollieren können durch die Parlamente und Gemeindegremien, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, weitem und direkten Wahlrechts zusammengefasst sind. Deshalb ist für uns der Satz: Nur Kommunalisierung mit vorwiegend demokratischer und keine Demokratisierung ohne folgende Kommunalisierung!

Prof. Reich-Wien:
Es ist eine Ironie des Schicksals, daß die Stadt Manchester die erste war, die ein kommunales Gaswerk errichtete. (Hört, hört!) Und heute gibt Manchester für die städtische Volksbibliothek 600.000 Kronen aus, mehr als alle deutschen Städte und Kleinstädte zusammengenommen. (Hört, hört!) Ich möchte die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Übernahme der Stadttheater in eigene Regie lenken. Die Stadttheater werden heute hohe Ueberschüsse in die Taschen einzelner Theaterdirektoren, und diese Ueberschüsse müssen wir der Allgemeinheit zugute kommen lassen. Erst fünf deutsche Stadttheater verstaatlichten Arbeiterbeiträge. (Hört, hört!) Auch die Volkstheater müssen sich diesen fünf Stadttheatern anschließen, denn schließlich werden die Abwilligen der Bürger auch erst aus dem Mitteln des Volkes bezahlt und die Volkstheater werden letzten Endes deshalb auch nicht von den Händen sondern vom Volk erhalten. (Lebhafte Beif.)

Prof. Dr. Schulze-Geberrath-Freiburg i. Br.:
Wir müssen Professor Alfred Weber dankbar sein, daß er die Debatte auf eine grundsätzliche Höhe gehoben hat. Er hat der Frage der modernen Menschen Ausdruck gegeben über die nutzlosen Kosten, mit denen die Bureaucratie heute die Menschheit fast zu erdrücken droht. Er hat uns aber keinen Ausweg angeben können, er hat uns vor ein Nichts gestellt. Das war der Fehler seiner Ausführungen. Ich meine, es liegt auch viel an der Erziehung eines Volkes. In England sind die Zustände viel besser als bei uns, und das liegt daran, daß der englische Kapitalist eine viel bessere Vorbildung erhält als der deutsche Kapitalist.

Prof. Reich-Wien:
Wir sind alle prinzipiell für die Verschiedlichung als einen Fortschritt, aber es gibt bei uns Meinungsverschiedenheiten über das wann und wie. Prof. Weber bestreite die Gefahr, daß die moderne Reichheit der Hyperbureaucratie nahe käme. Dagegen muß ich einwenden, daß die Bureaucratie keine typische Notwendigkeit für alle Staaten ist, sondern daß es so viele Bureaucratien gibt als Staaten gibt. Bureaucratie und Gemeindegremien können nicht in einem Urteil zusammengebracht werden. Zwischen uns in Österreich und Ihnen in Deutschland bestehen gewaltige Unterschiede. Die österreichischen Gemeinden sind Verwaltungsrepubliken, an deren Spitze ein freigelegter Bürgermeister steht, während bei Ihnen in Deutschland der Bürgermeister der Untergebene des höheren Verwaltungsbeamten ist. (Widerpruch.) Deshalb besteht bei uns in Österreich keine Gefahr der Erdrückung der Gemeinden durch die Bureaucratie. Auch in England ist die Bureaucratie keine Gefahr, trotzdem wächst in England die Zahl und Bedeutung der Beamten. Das liegt eben daran, daß in England die Ausübung der öffentlichen Gewalt vollständig anderwärts ist den Gemeinden und Parlamenten, während

in Preußen die Gewalt ausgeübt wird von dem Beamtenapparat. Die Gefahr der Hyperbureaucratie besteht daher nur für Sie in Preußen, nicht für uns in Österreich, nicht für England und die Vereinigten Staaten. Sie in Preußen haben deshalb die Pflicht, sich in Ihren Landtag ein Kontrollorgan zu schaffen. Sorgen Sie für ein vernünftiges Wahlrecht zum preussischen Landtag, und Sie werden damit die Gefahr der Hyperbureaucratie beseitigt haben. (Lebhafte Beif.)

Prof. Alfred Weber-Heidelberg:
Ich bin mir über die sozialpolitischen und technischen Vorteile der Kommunalisierung durchaus klar. Ich bestimme auch nicht die fiskalischen Vorteile. Die Bureaucratie hat uns organisiert, während sie gerade deshalb die älteren Generationen der Bureaucratie anders gegenüber als wir jüngeren. Ich bin auch weit davon entfernt, die persönlichen Qualitäten der Bureaucratie als Beamten irgendwie anzuhängen zu wollen. Die private Bureaucratie, sagt Geberrath Wagner, ist viel schlimmer als die öffentliche. Er verweist auf Amerika und Preußen u. Stimm. Sprechen wir aber nicht alle mit der größten Entschiedenheit von der Korruption der amerikanischen Universitäten und mit der größten Entschiedenheit von Herrn v. Stumm? Wenn Geberrath Wagner sich nicht darüber entzweit, daß hier in Wien niemand in der Gemeinde angefaßt wird, der nicht eingeschoren ist auf das politische Programm der hier herrschenden Clique, dann hat er keine Berechtigung, sich über Amerika zu entzweit. (Witze.)

Prof. Reich-Wien:
Prof. Reich sagte er, die Gefahr der Hyperbureaucratie bestehe nur in Preußen. Nun in England wendet man sich auch schon gegen die Bureaucratie und die amerikanischen Arbeiter haben nicht mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß diese Gefahr ist eine Privatbureaucratie, die ihre freie Persönlichkeit mangelnder Licht, als eine öffentliche Bureaucratie, die ihren freien Willen nimmt. (Lebhafte Beif.)

Im Schlußwort des Dr. Humbert (Freiburg i. B.) habe ich die öffentlichen Arbeiter in ihrer weitverbreiteten Meinung nicht gekannt, als die Arbeiter der Privatbureaucratie. Prof. Reich's Ausführungen waren in seinem Schlußwort bei einer Vermengung der Verschiedlichung und Verschiedlichung. Damit war dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Partei-Angelegenheiten.
Der Leipziger Parteitag vor den Berliner Genossen. Der Leipziger Parteitag war in allen Berliner Zeitungen besprochen worden. In denen Bericht über den Parteitag erhalten wurde. Die Versammlungen verliefen weit glücklicher als.

Im ersten Kreis drehte sich die lebhafteste Debatte hauptsächlich um die Haltung der Fraktion zur Erbschaftsteuer. Eine weitere Auseinandersetzung mußte sich an das Schlußwort der Resolution 41, die vom Parteitag einstimmig angenommen und am nächsten Tage abgelehnt wurde. Die Resolution ging vom ersten Berliner Kreis aus, und die feinerzeitigen Beschlüsse erklärten nun, daß es sich dabei nicht um eine Bindung der Partei gehandelt habe, man habe vielmehr gegen die Überwindung einer neuen Taktik in der Stellung zum Freisinn protestieren wollen. Die Debatte dauerte zum Schluß fast ab, und die Versammlungsbesucher entfernten sich nach und nach. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Im zweiten Kreis wurde überhaupt keine Debatte geführt. In den Berichten kam die Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Parteitages zum Ausdruck und die Versammlung erklärte sich denn auch sowohl mit der Haltung der Delegierten wie mit den Beschlüssen des Parteitages überhaupt einverstanden.

Im dritten Kreis drehte sich die Debatte vorzugsweise auch um die Erbschaftsteuer und um die Abschaffung der Resolution 41. Als Johann ein Redner behauptete, daß der Parteitag keine Stellung zur Arbeit der Parteigenossen an den „Sozialistischen Monatsheften“ genommen habe, bekam die Debatte einen persönlichen Anstrich. Ein Redner wandte sich gegen seine, weil er nicht für die „Neue Zeit“, sondern für die „Monatshefte“ schreibe, die fortgesetzt gegen die Partei kämpften. Seine verwandte sich gegen diesen Vorwurf: für die „Neue Zeit“ könne er nicht schreiben aus rein persönlichen Gründen, selbst wenn seine Mitarbeit gewünscht würde. Man wünsche sie aber dort gar nicht. Sonst sei er stets bereit gewesen, soweit es seine Zeit erlaube, auf besonderen Wunsch ein bestimmtes Thema für die Parteipresse zu behandeln, so habe er jetzt auch für den „Vorwärts“ geschrieben. Seine trat im weiteren für größtmögliche Meinungsfreiheit innerhalb der Partei ein, die Partei würde geistig bereichern, wenn sie von der allgemeinen Richtschnur abweichende Meinungen nicht zuließe. Beschlüsse wurden auch hier nicht gefaßt.

Der vierte Kreis sanktionierte die Beschlüsse des Parteitages und erklärte sich mit der Haltung seiner Delegierten einverstanden. Die Versammlung (sie) über keinen Zweifel darüber bestehen, daß im Falle einer dritten Besetzung der Erbschaftsteuer unsere Fraktion hätte gegen die Steuer stimmen müssen. Die Ausführungen des Genossen Richard Fischer auf dem Parteitag, die sich gegen den „Vorwärts“ richteten, würden von einigen Rednern scharf verurteilt.

Im fünften Kreis ging die Debatte nicht zu Ende. Die Beschlüsse des Parteitages wurden eingehend besprochen, ohne daß es zu schärferen Auseinandersetzungen nach der einen oder der anderen Richtung hin gekommen wäre. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. In einer weiteren Versammlung soll die Debatte zu Ende geführt werden.

Im sechsten Kreis endigte die Debatte auch nicht zu Ende geführt. Anfanglich verließ die Versammlung sehr ruhig; dann schritt ein Redner die Erbschaftsteuerfrage an, worauf Redebour in erschöpfender Weise seinen Standpunkt in dieser Frage darlegte. Die Debatte soll demnächst fortgesetzt werden.

Der Schnabshof und die Organisation. In Schwiebus lagte am Sonntag eine Generalversammlung der Organisation des Wahlkreises Strossen-Schniebus, in der der Delegierte Genosse Ritter über den Parteitag referierte. Im Anschluß an die Versammlung fand eine außerordentlich gut besuchte (auch viele Frauen waren anwesend) Volksversammlung statt, in der der Kandidat des Kreises, Genosse Grauer, über: „Der Steuerrückgang der Junker und welche Folgen zieht das Volk daraus?“ referierte. Im Verlauf seines mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages ging der Redner auf die Schnabshofresolution des Parteitages ein und empfahl, daß die Versammlung sie zu der ihrigen machen möge. Das geschah denn auch — die Resolution, die den Schnabshof zum Pflicht macht, wurde von den Anwesenden einstimmig gutgeheißen! Auch in allen sechs Versammlungen der Berliner Genossen wurde auf die Wichtigkeit der Durchführung des Schnabshoflots hingewiesen.

Der in Hessen beständige „sozialdemokratische“ Bürgermeister ist kein Sozialdemokrat. Erst jetzt wird bekannt, daß der Mann nur deshalb beständig wurde, weil er dem Provinzialausschuß betenerte, er habe lediglich aus Geschäftsrückgründen Beziehungen zur Sozialdemokratie unterhalten. Ueberzeugter Sozialdemokrat sei er nie gewesen. Dabei ist zu betonen, daß der Mann lange Jahre als einziger Sozialdemokrat galt, der jeden zur Rechenschaft gezogen hätte, der irgendwie an der Tätigkeit seiner Parteigenossenschaft gewarnt hätte. Jeder steht der Fall in Hessen nicht vereinzelt da. Früher war in Wiesbaden ein solcher „Genosse“ zum Vorgesetzten gewählt, aber nicht beständig worden. Um die Bestätigung zu erlangen, machte er vor dem Kreisamt die gleichen Angaben, wie er jetzt zum Bürgermeister von Alheim gewählt „Genosse“. Das Offenbacher Parteiblatt mußte erst einen langen Brief veröffentlichen, in dem dieser „Genosse“ erklärte, er liebe die „Alte“. Damals drückte sich die hiesige Verwaltungsbeförde um eine Entscheidung, indem sie dem Gewählten nahelegte, zurückzutreten. Das erfolgte denn auch. Dreimal hat sie den „müßig“ die Partei verleugnenden Gauwärtler Jabel aus Alheim beständig.

Genosse Lindemann und die Hofgänger. In einer starkbesetzten Parteiversammlung in Göttingen (Genosse Lindemann vertrat bis 1907 den Reichstagswahlkreis Göttingen-Gunzenhausen, er ist Kandidat des Kreises) wurde ein Antrag einstimmig angenommen: Der Vorstand wird beauftragt, den Genossen Lindemann über seine Stellungnahme zu der Erklärung der württembergischen Abgeordneten auf dem Leipziger Parteitag zu interpellieren. Sollte Genosse Lindemann bereit sein, die Interpellation mündlich zu beantworten, so hat der Vorsitzende eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen.

Genosse Gunglham lag in einer Versammlung in Alheim-Strum auch auf die gegen ihn erhobene Verduldigungen zu sprechen und erklärte nach der Rhein- und Ruhrzeit: erret die ganze Geschichte, die selbstverständlich ein gerichtliches Nachspiel haben werde, für erlogen. Aus der Tatsache, daß er über neun Jahre von seiner Frau getrennt lebe, habe sich das Ehegattenverhältnis ergeben. In der Reise nach der Schweiz mit einem Fremdenzimmer erkrankt er, daß er im August 1900 nach einer zweimähtigen Operation an Blinddarmentzündung zur Erholung dorthin gegangen sei. Er habe einen Bauernknecht als Reisebegleiter, seiner ersten 13-jährigen Sohn und eine 13 Jahre alte Tochter eines Parteigenossen mitgenommen. Letztere habe eine frühere Schilinderin, die in Luzern lebe, betrogen wollen. Aus diesem Wädchen habe man denn in dem Briefe, der in der Handlungsbuchverhandlung datiert wurde, ein Fremdenzimmer gemacht. Er wäre nicht in einer Versammlung aufgetreten, wenn an der Sache etwas Wahres wäre.

Arbeiterbewegung.
Der Bergarbeiterverband als Kläger gegen Verleumdungen. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hat den gerichtlichen Gewerkschaftsrichter Steiger in Oberhausen beklagt, weil dieser in einer öffentlichen Versammlung behauptet hätte, beim Bergarbeiterverband seien Beiträge in Höhe von 10.000, 2000 und 1023 Mark unterzogen worden; von den für die Studierenden eingegangenen Unterhaltungsgebern seien seinerzeit für die Beamten Revolver gekauft worden, damit sie sich der Unterhaltung der Bergarbeiter gewarnt hätten, hätte der Richter bereits die Abweisung der Klage beschlossen, dann hat der Richter den Vorsitz über die Verhandlung übernommen. Der Richter hat die Klage abgewiesen. Er hat ein Urtheil ausgesprochen, wonach sich Steiger auf dem 1. März 1901 bei ihm zeigte. Der Richter wurde auf anbestimmte Zeit verurteilt. Als aber am Dienstag die Klage infolge Unterzählung der Beamten nach der festgestellten Zeit im Revolverzimmer erschienen, hatte der Richter bereits die Abweisung der Klage wegen Nichterscheinens verkündet. Gegen Schluß des Verfahrens.

Der Termin in Mühlbach auf die Hauptverhandlung auf 27. März zu verlegen, war vom Vorsitzenden entprochen worden, der Vorsitzende wollte also, daß die Klage mit dem festgelegten Tage ankommen würde und die geringe Beschäftigung erleiden könnten. Die Klage werden Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragen. Alsbald fand vor demselben Gericht noch eine Verhandlung gegen den früheren Verbandsangehörigen Spaniol statt, in dem dieser wegen Verleumdung des Kontrollausschusses des Bergarbeiterverbandes zu 50 Mt. Strafe verurteilt wurde. Er hatte in öffentlicher Verhandlung gesagt, daß der Kontrollausschuß in dem Ausschlußverfahren gegen Spaniol das Protokoll gefälscht hat. Einen Versuch, diese Behauptung, die von den Kontrollen natürlich stark ausgebreitet worden war, zu beweisen, hatte Spaniol nicht gemacht. Die geringe Strafe wurde mit Rücksicht auf seine Vermögenslage festgesetzt.

Die Arbeiter von Leipzig haben über die Schweiß(Gas)fabrik von Leo Romis in Leipzig, Mittelstraße 37, wegen der Wasserregulierung zweier Schweißbrenner die Exzesse vorgebracht. Die Arbeiter allerorts werden erklart, Solidarität zu leben und Arbeitsangeboten abzulehnen, auch solche, die von Wohlthümern ausgehen.

Vorbereitung der Arbeiter in Königsberg. Die Arbeiter von Königsberg haben Forderungen aufgestellt. Sie verlangen für Gehilfen im ersten Jahre nach dem Auslernen 16 Mark Wochenlohn, im zweiten 18, im dritten 20 und nach dem vierten Jahre 22 Mark bei neunständiger Arbeitszeit. Diejenigen Gehilfen, die schon 22 Mark und darüber haben, sollen 10 Prozent Zuschlag erhalten. Der Obermeister der Innung hat auf diese Forderung geantwortet, daß jeder Gehilfe, der eine Zulage benötigt, sich persönlich an seinen Chef wenden möge. Einige Arbeitgeber sind bereit, die geforderten Zuschläge zu bewilligen, andere wollen in Unterhandlungen eintreten.

Aus Schlessen und Posen.

Quitz i. N., 1. Oktober. Trosydem. An Stelle der auf dem Grundstuck des Gastwirts Schmidt geplant gewesen öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel, deren Verbot wir an anderer Stelle besprochen, fand in der Saale der „Grundmühle“ eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Fritsch-Riegner mit den Volksbedürftigen im Reichstage scharf abrednete. Hierfür und für die heftigsten Ausführungen wegen des Versammlungsverbotes erwarb Redner reichen Beifall.

Neumarkt, 1. Oktober. Der Bau der Hochdruckwasserleitung ist nunmehr gesichert. Mit dem Bau soll baldmöglichst begonnen werden, so daß im Herbst 1910 das neue Wasserwerk in vollem Betriebe sein dürfte. — Buchhalter Wiebe, welcher in der Genitalkrankheit Unterschlagungen und Urkundenfälschungen begangen hatte, hat seinem Leben durch Erschießen ein Ende gemacht.

Jauer, 1. Oktober. „Entbehrungsübne“. Für das abgelaufene Geschäftsjahr erhalten die Aktionäre der Zuckerfabrik Alt-Jauer diesmal 15 Prozent. Ob man bei den reichlichen Einkünften auch daran gedacht hat, die Einrichtungen für Leben und Gesundheit zu verbessern, erzieht sich unserer Kenntnis. Vor Jahresfrist noch mußte ein in der Fabrik verunglückter Arbeiter mangels anderer Hilfsmittel in einem — Schweineetroge nach dem Krankenhaus geschafft werden.

Wittenberg, 1. Oktober. Gerüst-Einsturz. Ein schrecklicher Unfall ereignete sich in Langenau hiesigen Kreises bei dem Neubau der v. Klügengiers Familienkapelle. Ein 5 Meter schwerer Stein stürzte mit dem verwandten Gerüst zusammen und verletzte die mit der Fortbewegung des Steines beschäftigten Maurer schwer. Der Maurerpolier Fritschmer aus Jahn erlitt einen Armbruch, Maurer Janke äußerliche und innere Verletzungen und Maurer Kupach einen komplizierten Beinbruch. Die anderen Maurer kamen mit leichten Verletzungen davon.

Reiße, 1. Oktober. Göttliche Weltordnung. Von der hiesigen Strafkammer wurden ein jugendlicher Raubfische und fünf Schuljungen, die gemeinschaftlich schwerer und leichte Einbruchstähle herbeibrachten und den Erbs unter sich vertheilten, zu Gefängnisstrafen von drei Tagen bis zu zwei Monaten verurteilt. „Besand“ trotz des Gefängnis auf keinen Fall bei den jugendlichen Verbrechern gegen das Eigentum wirken. Strafe hätten diejenigen verdient, die es zulassen, daß Vater und Mutter dieser und Mitleiden anderer Kinder von früh bis spät in Fabriken fronden und ihre Kinder der Landstraße überlassen müssen.

Patitzkau, 1. Oktober. Arbeitsniederlegung. In der Feuerwehr-Geräte- und Maschinenfabrik von Karl Ritsch-Patitzkau haben sämtliche 75 Arbeiter die Arbeit niedergellegt, weil ihnen entgegen einer seit dem Jahre 1907 bestehenden schriftlichen Abmachung Abzüge gemacht werden; auch läßt die Behandlung unter der neuen Leitung viel zu wünschen übrig. Sämtliche Arbeiter gehören den deutschen Gewerkschaften D.-D. an. — Freiorganisierte Arbeiter werden selbstverständlich den Bezug fernhalten.

Beuthen, 1. Oktober. Scharlach-Epidemie. Auf Anordnung der Regierung in Oppeln ist die katholische Volksschule in Godulshütte, Kreis Beuthen, wegen Scharlachepidemie bis auf weiteres geschlossen worden. Im ganzen sind gegen 150 Scharlachkrankungen polizeilich zur Anzeige gelangt, in einzelnen Familien sind 3 bis 5 Kinder erkrankt. Ebenso wurde in Ozegow die Schule geschlossen, wo etwa 80 Kinder erkrankten, von denen 7 gestorben sind.

Königsgrün, 30. September. Die Stadtverordneten wählen an Stelle des Reichsrats Kunert, der sein Amt als unfeldierter Stadtrat wegen Unterschlagung von 10.000 Mark Kassengelder niederlegen mußte, den Ingenieur Hofmann.

Farnowis, 1. Oktober. Eisenbahner Ende. Auf dem hiesigen Bahnhof geriet der Rangierer Szendziol beim Rangieren zwischen eine Maschine und einen Packwagen und wurde an der Lende getödtet. Szendziol stand auf dem Trittbrett eines Packwagens, der mit einer auf dasselbe Gleis einfahrenden Maschine entweide infolge falscher Weichenstellung oder vorzeitigen Einfahrens in dieses Gleis zusammenfuhr. Szendziol, der die Gefahr zu spät erkannte, versuchte, in das Innere des Packwagens zu flüchten, doch war die Thür verschlossen, und so wurde er zwischen den Dreifedern der auseinander geratenden Fahrzeuge erdrückt. Der Getödtete war seit vier Jahren verheiratet.

Posen, 1. Oktober. Auf seltsame Weise ums Leben gekommen ist das 11 Monate alte Kind der Geierischen Helene in Jantowo (Posen). Als die Eltern von der Helene beheimkehrten, fanden sie das Kind an der Pforte erdrückt vor. Es war aufsteigend herausgefallen, hatte sich in eine Schaar verstrickt und war so erdrückt worden.

Schneidemühl, 1. Oktober. Der Amtsrichter muß brummen. Dem hiesigen Landgericht ist der Amtsrichter B. in Lobos wegen Unterbrechung einer ihm amtlich anvertrauten Uebung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden. Ein Oberlieutenant hatte ihm Geld geliehen, erhielt es nicht zurück und sandte dann einen Besichtigungsbesuch. Diesen ließ er in seiner Privatwohnung liegen, bis der Gläubiger sich beim Landgericht beschwerte. Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht verworfen.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Donnerstags 8-12 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

1. Matthiasschnecke. 1. Sagen Sie dem Maxime einen Besichtigungsbefehl. 2. Der Hans hat das Recht nicht ohne weitere Befehle. Denken Sie sich an die hiesige Volkspolizei an.

3. 2. Wie Sie die Postkassen los werden, erfahren Sie beim Postamt. In solchen Dingen können wir nicht helfen.